

Bielefeld

**LEBENSLAGEN UND
SOZIALE
LEISTUNGEN 2006**



– Dezernat Jugend, Soziales, Wohnen –

Vorwort

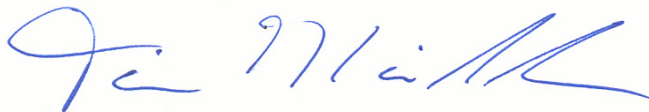
Negative soziale Entwicklungen und damit verbundene soziale Problemlagen nehmen in Bielefeld quantitativ zu und werden - für sich genommen - gleichzeitig immer komplexer. Vor diesem Hintergrund war es wichtig den Bericht über Lebenslagen und soziale Leistungen in einer Form vorzulegen, die dazu geeignet ist, als Entscheidungshilfe für künftiges soziales Handeln und der erforderlichen teilweisen Neuausrichtung sozialer Hilfesysteme zu dienen.

Wie bei jeder Datensammlung gilt natürlich immer der Satz: „Nirgends lebt man im Durchschnitt!“ Keine Frau bekommt 1,27 Kinder!

Statistisch feststellen lässt sich, wie hoch die durchschnittliche Belastung einzelner räumlicher Bezirke mit einer oder mehreren sozialen Problemlagen ist. Ob das aber auch für die Menschen vor Ort ein Problem ist, diese Frage kann anhand von Zahlen nicht ausreichend geklärt werden. Sie wird auch zukünftig individuell und so kleinräumig wie möglich beantwortet werden müssen, um die Lebenslagen der Menschen zu erörtern und passgenaue Hilfen zu etablieren.

Eine Zahl ist ein feststehender Wert. Ein und dieselbe Zahl bedeutet für einen großen Stadtbezirk möglicherweise einen Segen, während sie für einen kleinen Bezirk eine Katastrophe darstellt. Daher versucht dieser Bericht, absolute Zahlen in Relation zur Größe von Stadtbezirk oder statistischem Bezirk zu setzen, um sich auf diese Weise der Belastung dieser Quartiere durch einzelne Problemlagen zu nähern. Um die Größenordnungen der Problemlagen realistisch einschätzen zu können, werden die absoluten Zahlen aber in den meisten Fällen mitgeliefert.

Der vorliegende Bericht ist seit langem wieder eine Gesamtschau auf die soziale Lage in unserer Stadt, die von vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung engagiert erarbeitet wurde. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Es wird deutlich, wie wichtig die sozialen Leistungen sind, und dass in Bielefeld auch weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht, um allen Bürgerinnen und Bürgern neue Chancen für ein selbstbestimmtes, eigenständiges Leben zu geben. Dazu müssen wir u.a. auf dem Weg zu mehr Prävention, mehr Chancengleichheit und mehr Respekt sozialraumbezogen und innovativ weitergehen, neue Schwerpunkte setzen oder bestehende Modelle forcieren, wie es mit den Projekten: „Familienfreundliches Bielefeld“, „Seniorenfreundliches Bielefeld“, „Behindertenfreundliches Bielefeld“, oder aber: „JiB und Job“, dem Migrationskonzept und dem Konzept der Stadt Bielefeld: „Demographischer Wandel als Chance?“ aus Sicht des Dezernates Jugend, Soziales und Wohnen erfolgt.



Tim Kähler

Bielefeld, im Juli 2007

Inhaltsverzeichnis:

Teil I: Finanzen des Dezernates Jugend, Soziales, Wohnen im Überblick ... Seite 5

Teil II: Zusammenfassung und Analyse von Zahlen und Daten

II.1: Basisdaten für die Gesamtstadt und auffällige Abweichungen in einzelnen statistischen Bezirken ... Seite 6

II.2.: Materielle Leistungen der Stadt Bielefeld bei Einkommensdefiziten ... Seite 21

II.3.: Beratung und Betreuung - Lebensphasenspezifische Angebote ... Seite 26

II.4.: Beratung und Betreuung - Zielgruppenspezifische Angebote ... Seite 31

II.5.: Gesundheit und Verbraucherschutz ... Seite 34

II.6.: Schlussfolgerungen und Ausblick ... Seite 36

Teil III: Ausgewählte Sozialdaten und -statistiken

III.1: Basisdaten für die Gesamtstadt und auffällige Abweichungen in einzelnen statistischen Bezirken

III.1.1 Ausgewählte Basisdaten für die Gesamtstadt ... Seite 47

III.1.2 Untersuchungszeitraum 2006: Hohe prozentuale Abweichungen einzelner statistischer Bezirke vom Durchschnittswert der Gesamtstadt (10 Prozentpunkte und mehr) ... Seite 53

III.2: Materielle Leistungen der Stadt Bielefeld bei Einkommensdefiziten

III.2.1 Materielle Leistungen in Daten und Zahlen für die Gesamtstadt ... Seite 69

III.2.2 Höchste Fallzahlen in den statistischen Bezirken ... Seite 81

III.3.: Beratung und Betreuung - Lebensphasenspezifische Angebote

III.3.1 Kinder und Jugendliche ... Seite 85

III.3.2 Junge Erwachsene, Erwachsene und Familien ... Seite 94

III.3.3 Seniorinnen und Senioren ... Seite 97

III.4.: Beratung und Betreuung - Zielgruppenspezifische Angebote

III.4.1 Angebote für Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ... Seite 100

III.4.2 Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund ... Seite 104

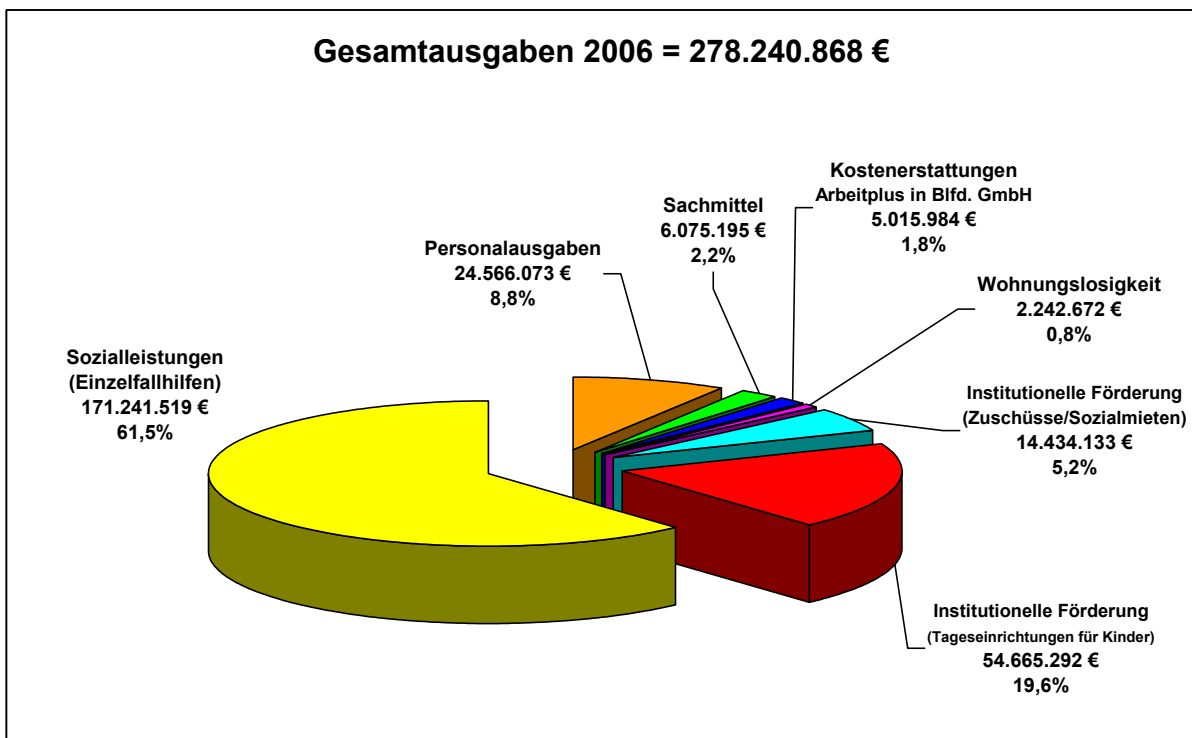
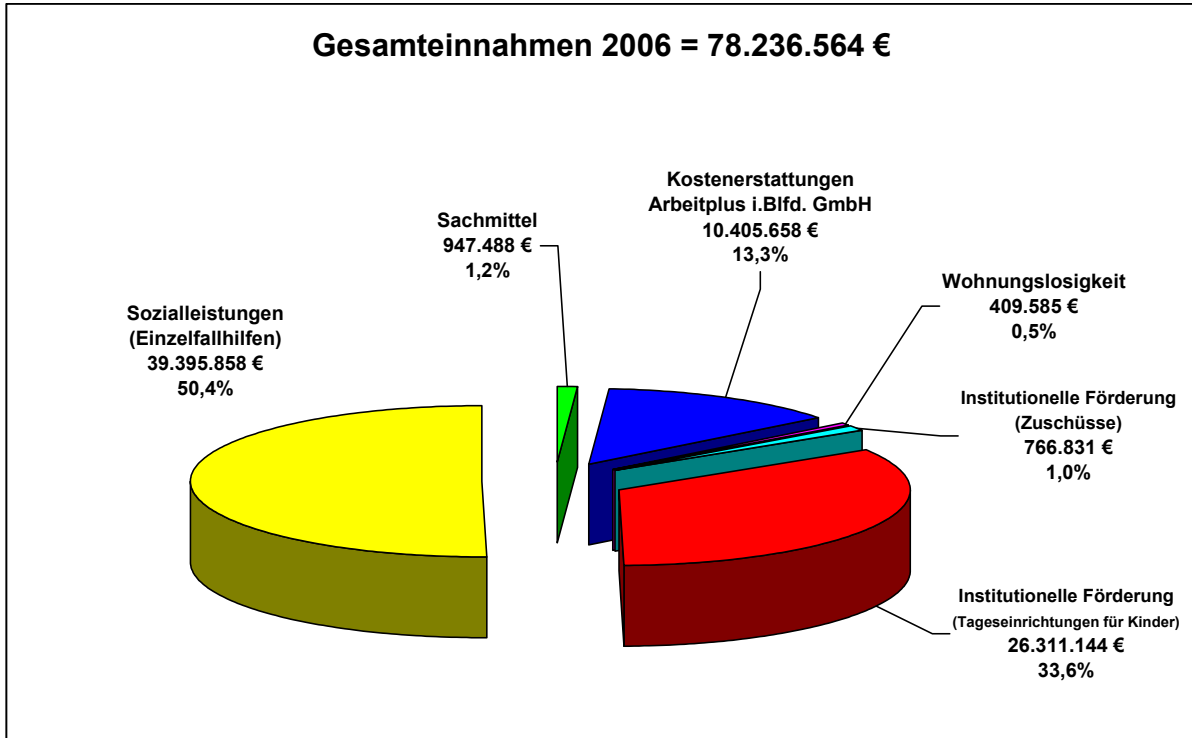
III.4.3 Angebote für Menschen in besonderen Notlagen oder sozialen Schwierigkeiten ... Seite 106

III.4.4 Angebote der Mädchen- und Frauenarbeit ... Seite 109

III.5.: Gesundheit und Verbraucherschutz

III.5.1: Ausgewählte Leistungsdaten ... Seite 110

Teil I: Finanzen des Dezernates Jugend, Soziales, Wohnen im Überblick



Teil II: Zusammenfassung und Analyse von Zahlen und Daten

II.1.: Basisdaten für die Gesamtstadt und auffällige Abweichungen in einzelnen statistischen Bezirken

Wesentliche Kernaussagen zu den statistischen Basisdaten:

- Die Einwohnerzahl Bielefelds liegt heute bereits um 3.000 Menschen unter der Prognose der Universität Bielefeld (Prof. Birg) aus dem Jahr 2004.
- Die Zahl der unter Sechsjährigen nimmt seit 2002 pro Jahr um rund 300 Kinder ab. Dieser Rückgang erreicht 2007 erstmals auch die Grundschulen.
- Bedingt durch die Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge erreichen in den Jahren 2008 bis 2014 deutlich weniger Menschen die Altersgrenze von 65 Jahren. Ab 2015 dreht sich der Trend um. Ende 2006 war jeder fünfte Bielefelder über 65 Jahre alt.
- Die Gruppe der Personen ohne einen deutschen Pass ist in den letzten drei Jahren stark zurückgegangen, ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich um 0,5 Prozent reduziert. Stark gestiegen ist dagegen im selben Zeitraum die Zahl der Menschen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft.
- Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund steigt pro Jahr um rund 700 Personen, besonders stark ist der Anstieg bei den jungen Frauen.
- Nur noch in jedem fünften Bielefelder Haushalt leben Kinder. Die Zahl der Alleinerziehenden liegt heute bereits um 50 Prozent über der Zahl der Familien mit drei und mehr Kindern.
- Die soziale Situation in Bielefeld hat sich seit 2005 verschärft: Die Zahl der Menschen, die 2006 von den neuen Sicherungsleistungen nach dem SGB II und SGB XII leben mussten, hat sich im Vergleich zu den Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher nach dem alten BSHG des Jahres 2004 um knapp 70 Prozent erhöht (Berechnung ohne die damalige Arbeitslosenhilfe).
- Fast jeder dritte Betroffene in den Bedarfsgemeinschaften des SGB II ist ein Kind unter 15 Jahren. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung lebte Ende 2006 jedes vierte Bielefelder Kind von sozialen Sicherungsleistungen, Ende 2003 war es noch jedes Siebte (Berechnung ohne die damalige Arbeitslosenhilfe).
- Fast zwei Drittel des SGB II-Klientels hat keine Berufsausbildung.
- Während die offiziellen Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit 2006 deutlich gesunken sind, ist die Zahl der betroffenen Menschen in den Bedarfsgemeinschaften im selben Zeitraum deutlich gestiegen.
- Die Gruppe der SGB-II-Bezieherinnen und -bezieher ist 2006 im gesamtstädtischen Durchschnitt um 5,1 Prozentpunkte gestiegen. Quantitativ am stärksten betroffen ist der Stadtbezirk Bielefeld-Mitte, die höchste Steigerungsrate weist 2006 der Stadtbezirk Bielefeld-Jöllenbeck auf.

- In Bielefeld-Heepen und Bielefeld-Sennestadt sind besonders viele Familien von der Arbeitslosigkeit betroffen.
- Einigen statistischen Bezirken droht eine deutliche Verschlechterung der sozialen Situation, wenn im Laufe des Jahres 2007 die prozentual sehr hohe Zahl von dortigen SGB III-Empfängerinnen und -empfängern in das SGB II kommen sollte. Hierzu zählen insbesondere Theesen, aber auch Teile von Bielefeld-Dornberg und Bielefeld-Senne. In Teilen von Bielefeld-Jöllenneck und Bielefeld-Brackwede (Quelle und Ummeln) hat dieser Effekt bereits 2006 eingesetzt.

Vertiefung der Kernaussagen:

Einwohnerinnen und Einwohner

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in den letzten fünf Jahren zeigt einen enormen Zuwachs um 3.796 Personen im Jahre 2003. Hierbei handelt es sich allerdings nicht um Neubürger, sondern vielmehr um die Auswirkungen der seinerzeit neu eingeführten „Zweitwohnungssteuer“. Als Reaktion darauf haben insbesondere viele Studentinnen und Studenten, die sich tatsächlich überwiegend hier aufgehalten haben, Bielefeld als ersten Wohnsitz gewählt, um auf diese Weise der Zahlung der Zweitwohnungssteuer zu entgehen. In den Jahren 2005 und 2006 hat es dann einen erheblichen Rückgang der Einwohnerzahlen um insgesamt 1.593 Menschen gegeben.

Professor Herwig Birg von der Universität Bielefeld hat 2004 eine viel beachtete Bevölkerungs-Prognose für unsere Stadt aufgestellt. Noch nicht einmal drei Jahre später liegen die tatsächlichen Zahlen um rund 3.000 Personen unter dieser vorgezeichneten Entwicklung. Ginge dieser Trend so weiter, würden zahlreiche Bereiche des Sozialdezernates früher und stärker von den Auswirkungen der demographischen Entwicklung betroffen sein. Auf die spezifischen demographischen „Belastungen“ einzelner Personen- bzw. Altersgruppen wird im Folgenden noch näher eingegangen.

Alterspyramide

Die Zahl der Kinder unter sechs Jahren sinkt seit 2002 im Durchschnitt um 332 pro Jahr. Dieser Rückgang wird 2007 erstmals auch die Grundschulen erreichen. Für die Kindertageseinrichtungen bedeutet dies einen tatsächlichen Rückgang der Bedarfe, insbesondere für die Drei- bis unter Sechsjährigen. Von einem Abbau vorhandener Ressourcen sollte allerdings abgesehen werden, solange die angestrebte Versorgungsquote für diese Altersgruppe in Bielefeld noch nicht flächendeckend erreicht worden ist. Unter qualitativen Gesichtspunkten zeichnet sich eine Verschiebung der Schwerpunkte vor allem hin zur verstärkten Betreuung von Unter-Dreijährigen, im integrativen Bereich hin zum notwendigen, bedarfsgerechten Ausbau des Förderangebotes für Kinder mit und ohne Behinderung sowie zur Ausweitung und Öffnung von Ausrichtung und Aufgabenstellung der Tageseinrichtungen in Richtung der neuen Familienzentren ab.

Die Zahl der Sechs- bis unter Fünfzehn-Jährigen war lange Zeit recht konstant. 2005 und 2006 hat es hier einen durchschnittlichen jährlichen Rückgang um 366 Personen gegeben, die ersten Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge. Das bedeutet u. a.: Sinkende Kinderzahlen für die Offene Ganztagsgrundschule sowie die altersspezifischen Kinder- und Jugendangebote (siehe auch „Jugendhilfestrategien 2010“).

Die Zahl der Fünfzehn- bis unter Achtzehnjährigen ist seit 2001 im Schnitt um etwa 150 Personen pro Jahr gestiegen. 2006 hat es auch hier erstmals einen Rückgang um 115 Personen gegeben. Der prozentuale Anteil an der Gesamtbevölkerung ist allerdings gleich geblieben. Der Rückgang wird zu keiner wesentlichen Entspannung, aber eben auch zukünftig zu keiner weiteren quantitativen Verschärfung der Situation

am Ausbildungsmarkt führen. Hier sind weiterhin kurzfristig umsetzbare und schnell greifende Konzepte gefragt.

Bei den Achtzehn- bis Unter-Fünfundzwanzig-Jährigen ist die Anzahl in den zurückliegenden fünf Jahren um rund 2.600 Personen gestiegen. Dieser Anstieg ist allerdings in erster Linie ein statistischer, bedingt durch die Einführung der Zweitwohnungssteuer im Jahr 2003. Insgesamt ist dies eine Altersgruppe die - wenn auch auf geringem Niveau - von Jahr zu Jahr wächst.

Die Zahl der Fünfundzwanzig- bis Unter-Fünfzig-Jährigen ist seit 2003 im um knapp zweitausend Menschen zurückgegangen, das entspricht einem Schnitt von knapp 500 Personen pro Jahr.

Noch gravierender ist der Rückgang bei der Altersgruppe der Fünfundfünfzig- bis Unter-Fünfundsechzig-Jährigen. Seit der Jahrtausendwende ist diese Gruppe um mehr als 7.100 Menschen geschrumpft, ihr Anteil an der Bielefelder Gesamtbevölkerung ist in dieser Zeit von 13,3 Prozent auf 10,3 Prozent zurückgegangen. Besonders hohe Rückgänge finden sich bei den heute Achtundfünfzig- bis Vierundsechzig-Jährigen, der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegs-Generation. In der weiteren demographischen Entwicklung dieser Altersgruppe werden zwischen 2008 und 2014 deutlich weniger Bielefelderinnen und Bielefelder als bisher die Altersgrenze von 65 Jahren erreichen. Der Zuwachs „von unten“ in die Gruppe der sogenannten Seniorinnen und Senioren wird damit vorübergehend spürbar geringer ausfallen als bisher. Dies wird sich auch entsprechend auf die Nachfrage und den Bedarf an stationären Hilfs- und Pflegeangeboten auswirken.

Die Zahl der Hochbetagten (80 Jahre und älter) ist in den letzten fünf Jahren um 1.438 Personen gestiegen, das entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von knapp 300 Personen pro Jahr. Ihr Anteil an der Bielefelder Gesamtbevölkerung liegt mittlerweile bei 5,3 Prozent.

Zusammen genommen stellen die Über-Fünfundsechzig-Jährigen „Seniorinnen und Senioren“ heute 20,5 Prozent der Bielefelder Bevölkerung, mithin ein wenig mehr als ein Fünftel. Fazit: Bielefeld wird (langsam) älter. Bedingt durch die geburtenschwachen Jahrgänge 1943 bis 1949 werden quantitative Probleme im Seniorenbereich zwischen 2008 und 2014 nachhaltig entschärft. Hier kann es in einigen Angebotsbereichen zu Leerständen bzw. Überkapazitäten kommen. Allerdings sollte diese Zeit auch dazu genutzt werden, um entsprechende Konzepte für die zu der erwartende, enorme Erhöhung der Seniorenzahlen ab 2015 zu entwickeln.

Regionale Abweichungen innerhalb Bielefelds finden sich nur bei zwei Altersgruppen, alle anderen sind recht gleichmäßig über die Stadt verteilt. Der Anteil der Achtzehn- bis unter Fünfundzwanzig-Jährigen liegt naturgemäß rund um die Universität deutlich höher als in der Reststadt (plus 28,7 Prozentpunkte Abweichung vom Mittelwert). Auffällig hoch ist ihr Anteil 2006 auch erstmals im statistischen Bezirk „Stadtwerke“. Bei der großen Gruppe der Fünfundzwanzig- bis Unter-Fünfzig-Jährigen ist eine deutliche Konzentration im unmittelbaren Innenstadtbereich festzustellen.

Nicht deutsche Bevölkerung - Menschen mit Migrationshintergrund

Der Begriff: „Migrationshintergrund“, wird immer wieder auf der Basis unterschiedlichster Definitionen verwandt. Für diesen Bericht soll gelten: Wenn im weiteren von Menschen mit Migrationshintergrund die Rede ist, so sind damit die nicht-deutschen Personen (Ausländerinnen und Ausländer) **und** Personen mit der deutschen und einer weiteren Staatsbürgerschaft (doppelte Staatsbürgerschaft) gemeint. Diese beiden Merkmale können über das Einwohnermeldewesen verlässlich erhoben werden. Nicht erfasst und damit in den nachfolgenden Zahlen auch nicht enthalten sind dagegen eingebürgerte Personen und der weitaus größte Teil der Aussiedlerinnen und Aussiedler (nämlich diejenigen ohne doppelte Staatsbürgerschaft).

Die Zahl der nicht-deutschen Personen hat in den letzten drei Jahren stark abgenommen. Insgesamt ist in diesem Zeitraum ein Rückgang um 1.604 Menschen zu verzeichnen. Damit ist der prozentuale Anteil dieser Gruppe an der Bielefelder Gesamtbevölkerung um 0,5 Prozent gefallen. Erklären lässt sich dieser Rückgang zum einen durch die hohe Zahl an Einbürgerungen: 895 Personen in 2004, 954 Personen in 2005, 853 Personen in 2006. Zum anderen erhält der weitaus größte Teil der Neugeborenen mit nicht-deutschen Eltern mit der Geburt die doppelte Staatsbürgerschaft. Diese Kinder müssen sich dann erst mit achtzehn Jahren für die eine oder andere Nationalität entscheiden.

Der Anteil der männlichen Ausländer ist zwischen 2002 und 2006 um 1.372 Personen zurückgegangen. Im selben Zeitraum ist die Zahl der weiblichen Ausländerinnen praktisch konstant geblieben. Bei den Zuzügen sind die Geschlechter nahezu gleich verteilt. Das legt den Schluss nahe, dass sich mehr Männer als Frauen einbürgern lassen.

Die Zahl der EU-Ausländer ist zwischen 2002 und 2005 kontinuierlich zurückgegangen, im Schnitt um 150 Personen pro Jahr. 2006 gab es erstmals wieder einen leichten Anstieg dieser Gruppe. Bei den Nicht-Deutschen aus Ländern außerhalb der EU fällt ein besonders starker Rückgang um fast 1.000 Personen in den Jahren 2005 und 2006 auf.

Die Zahl der Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft ist seit 2003 pro Jahr im Schnitt um 1.237 Personen gestiegen, eine - etwas zeitverzögerte - Reaktion auf das neue Staatsbürgerschaftsrecht aus dem Jahr 2000. Die Steigerungsraten sind in etwa gleichmäßig auf beide Geschlechter verteilt, den größten altersmäßigen Anteil haben die Neugeborenen bzw. Kleinkinder (s. o.).

Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund (nach der Definition dieses Berichtes, s. o.) steigt pro Jahr im Schnitt um gut 700 Personen. Dabei steigt der Anteil der weiblichen Personen stärker als der der männlichen Migranten. Hier würde sich eine vertiefende Betrachtung anbieten, etwa mit Blick auf die Altersstruktur, die regionale Verteilung innerhalb Bielefelds oder die Einreise als sogenannte „Heiratsmigrantin“. Die letztgenannte Gruppe soll bis zu 350 Frauen jährlich umfassen. In enger Abstimmung mit dem Interkulturellen Büro sollten die Angebote des Sozialdezernates und ggfs. auch anderer Dezernate unter diesem Blickwinkel noch einmal überprüft werden.

Bei der regionalen Verteilung soll unterschieden werden in die Kriterien: Nicht deutsche Bevölkerung (Ausländerinnen und Ausländer), doppelte Staatsbürgerschaft und Menschen mit Migrationshintergrund:

- Bei der nicht-deutschen Bevölkerung zeigen die statistischen Bezirke „Fuhrpark“ (plus 17,8 Prozentpunkte), „Güterbahnhof-Ost“ (plus 17,5 Prozentpunkte) und „Stadtwerke“ (plus 15,4 Prozentpunkte) die größten Abweichungen vom statistischen Mittelwert der Gesamtstadt. Bei den absoluten Zahlen liegt der statistische Bezirk „Kammerich“ in Bielefeld-Brackwede (1.648 Personen) vor dem Bezirk „Pauluskirche“ im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte (1.041 Personen) und dem Bezirk „Bahnhof Brackwede“ (787 Personen).
- Die höchsten Abweichungen bei den Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft finden sich in den statistischen Bezirken „Sieker“ (Stadtbezirk Bielefeld-Stieghorst, plus 20,0 Prozentpunkte), „Baumheide“ (Stadtbezirk Bielefeld-Heepen, plus 19,2 Prozentpunkte) und „Südstadt“ (Bielefeld-Sennestadt, plus 13,5 Prozentpunkte). Alle drei statistischen Bezirke liegen auch bei den absoluten Zahlen vorne.
- Unter dem Gesichtspunkt des Migrationshintergrundes (nach der Definition dieses Berichtes) liegen „Sieker“ (plus 30,7 Prozentpunkte) und „Baumheide“ (plus 22,5 Prozentpunkte) an der Spitze, wobei die dort bekanntlich in hoher Zahl wohnhafte Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler bei diesen Werten ja nur zu einem kleinen Teil berücksichtigt ist. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung in den jeweiligen statistischen Bezirken bedeutet dies, dass in „Sieker“ und „Baumheide“ etwa jeder zweite Bewohner einen Migrationshintergrund (nach der Definition dieses Berichtes) hat, in den statistischen Bezirken „Südstadt“ in Bielefeld-Sennestadt und „Betriebshof Sieker“ in Bielefeld-Mitte etwa jeder dritte. Bei den absoluten Zahlen ergibt sich folgende Reihenfolge: „Baumheide“ (3.492 Personen), „Sieker“ (2.817 Personen), „Kammerich“ (2.377 Personen), „Pauluskirche“ (1.577 Personen), „Südstadt“ (1.327 Personen). In all diesen fünf statistischen Bezirken steigt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund Jahr für Jahr kontinuierlich an.

Haushalte

Bedingt durch eine technische Umstellung im Einwohnermeldewesen liegen zum Zeitpunkt der Bericht-Erstellung noch keine verlässlichen Daten für den Stichtag 31.12.2006 vor. Daher wird auf die letzten Daten vor Umstellung des Systems mit dem Stichtag 31.07.2006 zurückgegriffen. Durch einen Fehler bei der Erfassung sind zudem die Zahl der Haushalte insgesamt sowie die Zahl der Ein-Personen-Haushalte zum Stichtag 31.12.2005 nicht valide. Hier wird daher bei der Betrachtung von Zeitreihen auf 2004 abgehoben.

Während die Gesamtzahl der Haushalte in Bielefeld in den letzten drei Jahren in etwa konstant geblieben ist, hat die Summe der Ein-Personen-Haushalte um rund 1.100 zugenommen. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 45,5 Prozent an allen Bielefelder Haushalten. Zum Vergleich: Ende 2004 lag dieser Wert noch bei 44,9 Prozent.

Die Zahl der Haushalte mit Kindern (Familien) ist seit 2004 um 301 gesunken. Ihr Anteil an allen Haushalten beträgt nur noch 19,4 Prozent, Ende 2004 waren es 19,6 Prozent. Gestiegen ist die Zahl der Alleinerziehenden, und zwar um 174. Ihr Anteil an allen Bielefelder Haushalten lag am Stichtag 31.07.2006 bei 3,8 Prozent (31.12.2004: 3,7 Prozent).

Die hohe Zahl der neuen Ein-Personen-Haushalte könnte - neben den „Neugründungen“ junger Menschen nach dem Auszug aus dem Elternhaus - auch ein Folge der neuen Sozialgesetzgebung sein. Hier könnten sich zahlreiche Zwei-Personen-Haushalte ohne Kinder formal „getrennt“ haben, um nicht als Bedarfsgemeinschaft gegenseitig unterhaltspflichtig zu sein. Einen eindeutigen empirischen Nachweis für diese Annahme gibt es allerdings nicht.

Der räumliche Schwerpunkt der Ein-Personen-Haushalte liegt im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte, hier beträgt ihr Anteil 58 Prozent an allen Haushalten. Zahlenmäßig liegen dabei die statistischen Bezirke „Siegfriedplatz“ (3.971), „Hammer Mühle“ (3.419) und „Heeper Fichten“ (3.210) vorne.

Die prozentual höchsten Anteile an Alleinerziehenden finden wir in den Stadtbezirken Bielefeld-Heepen (4,1 %), mit dem eindeutigen Schwerpunkt in „Baumheide“ (5,5 %), Bielefeld-Brackwede (4,0 %, Schwerpunkt: „Kupferheide“ mit 6,4 %) sowie Bielefeld-Sennestadt (4,0 %, Schwerpunkt: „Südstadt“ mit 5,0 %).

Die prozentual meisten Haushalte mit Kindern finden wir in den Stadtbezirken Bielefeld-Heepen (25,4 % Anteil an allen Haushalten) und Bielefeld-Jöllenberg (25,2 % Anteil an allen Haushalten). Schwerpunkt in Bielefeld-Heepen ist der statistische Bezirk „Milse“ mit einem Anteil von 31,7 Prozent, in Bielefeld-Jöllenberg ist es der statistische Bezirk „Vilsendorf“ mit einem Anteil von 27,9 Prozent.

Die Entwicklung der Zahlen zu den Haushalten insgesamt zeigt, dass sich auch in Bielefeld der traditionelle Familienverbund mehr und mehr auflöst. Die Zahl der alleinerziehenden Haushalte mit Kindern nimmt dagegen in allen Konstellationen zu. Ihr Anteil liegt schon heute um mehr als fünfzig Prozent über der absoluten Zahl der Familien mit drei und mehr Kindern. Die Tendenz ist steigend.

Arbeitslosigkeit - Soziale Sicherungssysteme

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ab dem 01.01.2005 muss vor dem Hintergrund der neuen Sozialgesetzgebung, insbesondere vor dem Hintergrund des neuen SGB II betrachtet werden. Die individuelle Betroffenheit hat sich verändert, weil die finanzielle Betroffenheit eine andere geworden ist. Sie entspricht einem Regelsatz und orientiert sich nicht mehr am Einkommen vor Eintritt der Arbeitslosigkeit. Bis Ende 2004 lagen sowohl die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld als auch die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosenhilfe finanziell über dem damaligen Sozialhilfe-Niveau. Die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende ist der früheren laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt monetär vergleichbar, wenn auch nicht völlig mit ihr identisch: „Diese Leistungen entsprechen in der Regel dem Niveau der Sozi-

alhilfe“ (BT-Dr. 15/1516, S. 46). Die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende stellt damit das Existenzminimum für arbeitsfähige, bedürftige Menschen und ihre Familien in unserem Land sicher.

Am 31. Dezember 2004 bezogen in Bielefeld 22.066 Personen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Die Zahl der betroffenen Menschen, die sich als Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften hinter dieser Fallzahl verborgen hat, ist für die ehemaligen Bereiche Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe statistisch nicht erfasst. Mit Einführung der neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende wurden zu dieser Arbeitslosenzahl 2.574 arbeitsfähige Sozialhilfe-Empfängerinnen und -empfänger hinzugerechnet. Das heißt: Das Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes (Arbeitslosengeld I und II) startete in Bielefeld am 01.01.2005 mit insgesamt 24.640 Fällen, die eine laufende (monatliche) Hilfe bezogen.

Ein Jahr später, am 31. Dezember 2005, bezogen ca. zwei Drittel (67 Prozent) der o.g. Fälle Arbeitslosengeld II, am 31.12.2006 lag das Verhältnis schon bei 28 Prozent Arbeitslosengeld I zu 72 Prozent Arbeitslosengeld II.

Vergleicht man das alte und das neue monetäre Existenzminimum miteinander, so kommt man zu den folgenden Ergebnissen: Am 31. Dezember 2004 lebten insgesamt 12.534 Bedarfsgemeinschaften mit 23.872 Menschen von der damaligen laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsminderung nach dem BSHG. Ein Jahr später, am 31. Dezember 2005, lebten 17.813 Bedarfsgemeinschaften mit 40.070 Menschen von Arbeitslosengeld II oder Leistungen nach dem SGB XII (neue Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung wegen Alters oder Erwerbsminderung). Das entspricht einer Steigerung von 42,2 Prozent bei den Bedarfsgemeinschaften und 67,9 Prozent bei den betroffenen Personen. Am 31. Dezember 2006 waren es 22.308 Bedarfsgemeinschaften mit 41.106 Personen.

Ende 2006 lebten 10.706 Kinder unter fünfzehn Jahren in den Bedarfsgemeinschaften des SGB II. Bei insgesamt 37.288 Personen in dieser Hilfeart ist damit fast jeder dritte Betroffene ein Kind. Hochgerechnet auf ganz Bielefeld lebte damit beinahe jedes vierte Kind in unserer Stadt von sozialen Sicherungssystemen. Zum Vergleich: Ende 2003 war „nur“ jedes siebte Bielefelder Kind betroffen (Berechnung ohne die damalige Arbeitslosenhilfe).

Die Fallzahlen des SGB II und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften unterlagen im Verlaufe des Jahres 2005 erheblichen statistischen Schwankungen. Zurückzuführen ist dies auf die mangelhafte Qualität des Programms A2LL der Bundesagentur für Arbeit und auf eine - u.a. daraus resultierenden - Doppelerfassung in kommunalen Statistik- und Zahlprogrammen. Im Verlaufe des Jahres 2006 hat sich die Validität der Daten deutlich stabilisiert, die Zahlen aus 2005 wurden außerdem zu einem großen Teil noch einmal überarbeitet. Heute werden die Zahlen mit einem Nachlauf von zwei bis drei Monaten noch einmal „revidiert“, wobei z. B. im Berichtsmonat gestellte, aber noch nicht eingegebene Fälle, nachträglich in die Statistik aufgenommen werden.

In ihren regelmäßig veröffentlichten Berichten präsentiert die Bundesagentur für Arbeit (BA) Zahlen und Daten zu „arbeitslosen Personen“. Darin nicht enthalten sind die

- nach der Definition der BA - nur „arbeitssuchenden Personen“. Hierzu zählen insbesondere:

- Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik
- Menschen in gemeinnützigen, zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten (sog. „Ein-Euro-Jobber“)
- Personen, die im Rahmen eines Sozialplanes in einer Auffanggesellschaft arbeiten
- Personen, die ergänzend ALG II erhalten, weil das eigene Einkommen zum Bestreiten des Lebensunterhaltes nicht ausreicht
- Alle Personen, die aus dem Bezug von ALG I herausfallen und keine Ansprüche aus dem ALG II haben, weil sie in einer Bedarfsgemeinschaft mit einem erwerbstätigen Partner leben, soweit sie nicht von sich aus ausdrücklich darauf bestehen, weiterhin den Status: „Arbeitslos“, zu haben.

Durch diese Form der statistischen Erhebung lässt sich unter anderem erklären, warum in Bielefeld die Zahl der „Arbeitslosen“ - und damit natürlich auch die Quote - 2006 so stark gesunken ist, während in derselben Zeit die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften deutlich angestiegen ist.

Unter diesem Aspekt muss man davon ausgehen, dass die in diesem Bericht genannten sozialen Auswirkungen der neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende in Bielefeld faktisch noch wesentlich weitreichender sind, als es die Daten der Arbeitslosenstatistik aussagen, die hier zugrunde gelegt werden.

Am 31.12.2006 stellt sich der Bielefelder Arbeitsmarkt in der offiziellen Statistik der BA wie folgt dar:

- Die offizielle Arbeitslosenzahl ist von 21.726 im Vorjahr auf 19.366 zurückgegangen, ein Minus von 2.360 Personen. Gleichzeitig ist die Zahl der Personen in den Bedarfsgemeinschaften des ALG II von 36.418 auf 37.288 gestiegen, ein Plus von 870 Personen.
- Von 19.366 Arbeitslosen entfallen nur noch 5.368 (28 Prozent) auf das ALG I, 13.998 (72 Prozent) auf das ALG II. Im Vorjahr lag dieses Verhältnis noch bei 33 zu 67 Prozent.
- Fast die Hälfte aller Arbeitslosen (SGB II und SGB III) sind sog. Langzeitfälle (45,8 Prozent), innerhalb des SGB II sind es 53,3 Prozent. In Ostwestfalen-Lippe ist dies ein einzigartiger Wert.
- Gut ein Viertel aller Arbeitslosen sind Ausländerinnen und Ausländer (25,7 Prozent), innerhalb des SGB II ist es fast ein Drittel (29,4 Prozent).
- Annähernd zwei Drittel der SGB II-Fälle haben keine abgeschlossene Berufsausbildung (Wert vom 31.12.2005, wurde 2006 nicht erhoben).
- Die Gruppe der erwerbsfähigen Hilfeempfängerinnen und -empfänger unter 25 Jahren im SGB II ist um 160 Personen größer als die Gruppe der 55- bis Unter-65-Jährigen.

Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit einer Behinderung hat sich trotz der positiven konjunkturellen Entwicklung nicht gravierend verändert.

Arbeitslosigkeit - Regionale Verteilung innerhalb Bielefelds

Anhand der sogenannten Arbeitslosigkeits-Betroffenheitsquote kann für Bielefeld eine Aussage darüber getroffen, in welchen statistischen Bezirken dieses Problem vergleichsweise am stärksten auftritt. Abgebildet wird dabei der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Er liegt für die Gesamtstadt bei 9,5 Prozent. Die regional höchsten Werte weisen die statistischen Bezirke „Güterbahnhof-Ost“ (18,2 Prozent), „Baumheide“ (17,7 Prozent), „Sieker“ (17,5 Prozent), „Pauluskirche“ (14,3 Prozent), „Heeper Fichten“ (14,2 Prozent), „Fuhrpark“ (14,1 Prozent) und „Bauerschaft Schildesche“ (14,7 Prozent) auf.

Bei den Stadtbezirken liegen nur Bielefeld-Mitte mit 11,4 Prozent und Bielefeld-Heepen mit 10,3 Prozent über dem gesamtstädtischen Mittelwert der Betroffenheitsquote. Alle anderen liegen darunter, am wenigsten betroffen sind Bielefeld-Senne mit 6,3 Prozent und Bielefeld-Dornberg mit 5,1 Prozent.

Innerhalb der einzelnen Stadtbezirke gibt es wiederum starke Schwankungen bei der Aufspaltung auf das ALG I und das ALG II (Stichtag: 31.12.2006):

Stadtbezirk	Anteil ALG I-Empfänger (Vorjahr in Klammern)	Anteil ALG II-Empfänger (Vorjahr in Klammern)
Mitte	22,7 % (27,2 %)	77,3 % (72,8 %) + 4,5
Gadderbaum	23,2 % (29,7 %)	76,8 % (70,3 %) + 6,5
Schildesche	26,2 % (32,6 %)	73,8 % (67,4 %) + 6,4
Heepen	27,7 % (32,6 %)	72,3 % (67,4 %) + 4,9
Bielefeld gesamt	27,7 % (32,8 %)	72,3 % (67,2 %) + 5,1
Brackwede	28,0 % (33,3 %)	72,0 % (66,7%) + 5,3
Sennestadt	28,4 % (34,5 %)	71,6 % (65,5 %) + 6,1
Stieghorst	27,5 % (31,3 %)	72,5 % (68,7 %) + 7,0
Senne	35,3 % (41,6 %)	64,7 % (58,4 %) + 6,3
Jöllenberg	34,8 % (43,1 %)	65,2 % (56,9 %) + 8,3
Dornberg	40,0 % (45,8 %)	60,0 % (54,2 %) + 5,8

Da das ALG I nach dem Verlust des Arbeitsplatzes nur ein Jahr lang gezahlt wird und die Betroffenen danach bei anhaltender Arbeitslosigkeit in das ALG II übergehen (bzw. innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft „aufgefangen“ werden), wird es weiterhin relativ zeitnahe Steigerungen beim ALG II-Anteil geben. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger in ganz Bielefeld um 5,1 Prozentpunkte gestiegen. Besonders hohe Steigerungsraten weisen die Stadtbezirke Bielefeld-Jöllenberg und Bielefeld-Stieghorst auf. Bei der obigen Auswertung überrascht zudem, dass die Stadtbezirke Bielefeld-Gadderbaum und Bielefeld-Schildesche bei den absoluten Prozentzahlen über dem gesamtstädtischen Mittelwert liegen.

Bei den absoluten Zahlen der Arbeitslosen liegen die bevölkerungsstärksten Stadtbezirke erwartungsgemäß vorn:

Stadtbezirk Bielefeld-	Arbeitslose	Personen in Bedarfs- gemeinschaften	Durchschnittliche Grö- ße der Bedarfsgemein- schaft (Personenzahl)
Bielefeld gesamt	19.366	38.914	2,0
Mitte	5.967	11.490	1,9
Heepen	2.671	6.241	2,3
Schildesche	2.272	4.608	2,0
Brackwede	2.234	4.451	2,0
Stieghorst	1.954	4.323	2,2
Sennestadt	1.089	2.513	2,3
Jöllenneck	957	1.725	1,8
Senne	870	1.760	2,0
Dornberg	618	978	1,6
Gadderbaum	465	774	1,7

Die Tabelle zeigt, dass die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaft zwischen 2,3 Personen in Bielefeld-Heepen und Bielefeld-Sennestadt und 1,6 Personen in Bielefeld-Dornberg schwankt.

Arbeitslosigkeit in den einzelnen Stadtbezirken am 31.12.2006

Der Stadtbezirk **Bielefeld-Mitte** ist - wie gesehen - vergleichsweise am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen. 5.967 Personen sind offiziell arbeitslos gemeldet, dahinter stehen insgesamt 11.490 Menschen in den Bedarfsgemeinschaften. Das Verhältnis von ALG II zu ALG I liegt bei 77,3 zu 22,7 Prozent. Einen besonders hohen Anteil an Langzeit-Arbeitslosen finden wir in den statistischen Bezirken „Bauerschaft Schildesche“ (90,4 %), „Dürkopp“ (84,0 %), „Stadtwerke“ (82,3 %), „Pauluskirche“ (82,1 %) und „Nordpark“ (80,2 %). Die Betroffenheitsquote ist in den Bezirken „Güterbahnhof Ost“ (18,2 %) und „Dürkopp“ (15,2 %) am höchsten. Bei den absoluten Zahlen rangiert der statistische Bezirk „Heeper Fichten“ mit 906 Arbeitslosen und 1.865 Menschen in den Bedarfsgemeinschaften vor dem Bezirk „Hammer Mühle“ (824/1.562). Insgesamt ist die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr um 812 Fälle gesunken, 326 davon entfallen auf das SGB II, 486 auf das SGB III. Gegen den Trend nahezu konstant geblieben sind die Zahlen in den statistischen Bezirken „Pauluskirche“ und „Güterbahnhof“.

Im ebenfalls bevölkerungsstarken Stadtbezirk **Bielefeld-Heepen** sind die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum Vorjahr um 371 zurückgegangen. Hinter den 2.671 Fällen verbergen sich 6.241 Menschen in den Bedarfsgemeinschaft. Mit einem Durchschnittswert von 2,3 Personen sind die betroffenen Bedarfsgemeinschaften in diesem

Stadtteil Bielefeld-weit am größten. Innerhalb Heepens liegen die Schwerpunkte bei dieser Kennzahl in „Baumheide“ (2,9 Personen pro Bedarfsgemeinschaft), „Odentrup-West“ (2,7 Personen) und „Milse“ (2,4 Personen). Das Verhältnis von SGB II- zu SGB III-Klientinnen und -Klienten liegt insgesamt bei 72,3 zu 27,7 Prozent. Der eindeutige Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit liegt im statistischen Bezirk „Baumheide“ mit 2.168 Personen in den Bedarfsgemeinschaften von 759 Fällen. Hier haben die ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger einen Anteil von 81,8 Prozent. In den kleineren statistischen Bezirken, wie etwa „Bröninghausen“, „Windwehe“ oder „Odentrup-Ost“ ist dagegen die Zahl der erst seit kurzem Arbeitslosen auffällig hoch. Hier „droht“ ein Abrutschen in das ALG II im Verlaufe des Jahres 2007, verbunden mit monetären und möglicherweise auch sozialen Konsequenzen.

In **Bielefeld-Schildesche** waren Ende 2006 2.272 Menschen arbeitslos gemeldet, 255 weniger als im Vorjahr. Der Rückgang hat in erster Linie bei den SGB III-Empfängerinnen und -Empfängern stattgefunden, während die Zahl der SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger nahezu gleich geblieben ist. Hier könnten die o. g. statistischen Effekte der Bundesagentur für Arbeit (BA) besonders zum Tragen gekommen sein. Damit dürfte das Einkommensniveau des Stadtbezirkes 2006 deutlich gesunken sein. Insgesamt befinden sich 4.608 Menschen in den Bedarfsgemeinschaften. Das Verhältnis von ALG II zu ALG I liegt bei 73,8 zu 26,2 Prozent und damit deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnittswert. Besonders hohe Abweichungen bei dieser Verteilung finden sich in den statistischen Bezirken „Schildesche“ (80,9 % ALG II) und „Gellershagen“ (78,0 % ALG II). Beim Letztgenannten ist auch die Betroffenheitsquote mit 11,7 Prozent am höchsten. Bei den absoluten Fall-Zahlen rangiert „Sudbrack“ (517) vor „Gellershagen“ (474) und „Vorwerk“ (397). Auffällig sind bei diesen drei Bezirken die sehr unterschiedlichen Größen der Bedarfsgemeinschaften: Hier liegt „Sudbrack“ bei durchschnittlich 1,6 Personen pro Bedarfsgemeinschaft (also viele Einzelpersonen), „Gellershagen“ bei 1,9 und „Vorwerk“ bei 2,4.

Im Stadtbezirk **Bielefeld-Brackwede** waren am Stichtag 31.12.2006 2.234 Arbeitslose gemeldet, 247 weniger als im Vorjahr. Auch hier betrifft der Rückgang fast ausschließlich die SGB III-Bezieherinnen und -Bezieher, während die Zahl der SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher praktisch konstant geblieben ist. Das Verhältnis von ALG II zu ALG I liegt bei 72,0 zu 28,0 Prozent. Insgesamt bietet der Stadtbezirk unter dem Aspekt der Arbeitslosigkeit ein sehr heterogenes Bild. Die Schwerpunkte bei der Betroffenheitsquote liegen in den statistischen Bezirken „Bahnhof Brackwede“ mit 14,0 Prozent und „Kammerich“ mit 13,5 Prozent. Besonders gering betroffen von Arbeitslosigkeit sind auch hier die kleineren Bezirke, wie „Kupferhammer“, „Kupferheide“ oder „Holtkamp“. Entsprechend hoch sind hier auch noch die Anteile der SGB III-Empfängerinnen und -Empfänger. Der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger ist in den Bezirken „Südwestfeld“ (81,3 %), „Bahnhof Brackwede“ (79,3 %), „Brock“ (76,4 %), „Kammerich“ (76,2 %) und „Quelle“ (72,2%) am höchsten. Die größten Bedarfsgemeinschaften leben in „Frerks Hof (durchschnittlich 2,2 Personen) und „Bahnhof Brackwede“ (2,3 Personen). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger im „Südwestfeld“ und in „Holtkamp“ gestiegen. In „Quelle“, „Ummeln“ und „Kammerich“ ist die Zahl der ALG I-Empfängerinnen und -Empfänger besonders stark gesunken, mit den entsprechenden Folgen für das dortige Einkommensniveau.

Am 31.12.2006 lebten im Stadtbezirk **Bielefeld-Stieghorst** insgesamt 4.323 Personen in den Bedarfsgemeinschaften des ALG II. Die Zahl der arbeitslos Gemeldeten

ist 2006 von 2.154 auf 1.954 gesunken, ein Minus von 200 Fällen. Davon entfielen etwa zwei Drittel auf das SGB III und ein Drittel auf das SGB II. Dadurch hat sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Hilfearten in Stieghorst im Vergleich zum Vorjahr um 7 Prozent in Richtung ALG II verschoben. Es liegt jetzt bei 72,5 zu 27,5 Prozent. Besonders hoch ist der Anteil der Langzeit-Arbeitslosen in den statistischen Bezirken „Sieker“ (81,0 %) und „Stieghorst“ (74,8 %). Für „Sieker“ bedeutet dies übersetzt, dass dort mittlerweile vier von fünf Arbeitslosen unter das SGB II fallen. In den beiden statistischen Bezirken finden sich zudem auch die höchsten absoluten Zahlen an Arbeitslosen und Betroffenen in den Bedarfsgemeinschaften mit 644 bzw. 1.499 Personen in „Stieghorst“ sowie 579 bzw. 1.586 Personen in „Sieker“. Ist die durchschnittliche Zahl der Personen in den Bedarfsgemeinschaften in „Stieghorst“ mit 2,3 schon recht hoch, so stellt der Wert von 2,7 in „Sieker“ die Höchstmarke für ganz Bielefeld dar. Auch im Stadtbezirk Bielefeld-Stieghorst bestätigt sich der Trend, dass insbesondere in den kleineren statistischen Bezirken, wie in diesem Fall „Lämershagen“, „Lonnerbach“ oder „Ubbedissen“, das Verhältnis zwischen ALG I- und ALG II-Empfängerinnen und -Empfängern noch ausgeglichen ist. Entgegen dem Trend ist die Zahl der Arbeitslosen im statistischen Bezirk „Rütli“ im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, nämlich um insgesamt 16 Personen. Die Steigerung fand ausschließlich im ALG II statt, während die Zahlen beim ALG I leicht gesunken sind.

Im Stadtbezirk **Bielefeld-Sennestadt** sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen um 87 gesunken, nämlich von 1.176 am 31.12.2005 auf 1.089 am 31.12.2006. Während die Zahl der Klienten im SGB III um 97 zurückgegangen ist, stieg die Zahl der Fälle im SGB II um 10. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Hilfearten liegt inzwischen bei 28,4 zu 71,6 Prozent. Der Anteil der ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger an allen Arbeitslosen ist damit im Verlaufe des Jahres 2006 um 6,1 Prozentpunkte gestiegen. Die Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit liegen in den statistischen Bezirken „Sennestadt“ (626 Fälle, 1.529 Personen in den Bedarfsgemeinschaften) und „Südstadt“ (245 Fälle und 554 Personen in den Bedarfsgemeinschaften). Entgegen dem Trend gestiegen sind die Zahlen im statistischen Bezirk „Dalbke“ (incl. „Wachtruper Lohde“) und zwar ausschließlich im Bereich der ALG II-Empfänger. Im statistischen Bezirk „Sennestadt“ haben wir mit durchschnittlich 2,4 Betroffenen in einer Bedarfsgemeinschaft einen sehr hohen Wert. Nur noch im statistischen Bezirk „Eckardtsheim“ gibt es einen auffällig hohen Teil von ALG I-Empfängerinnen und -Empfängern, ansonsten orientieren sich die Werte am Mittel des Stadtbezirkes.

Im Stadtbezirk **Bielefeld-Senne** waren am 31.12.2006 offizielle 870 Fälle von Arbeitslosigkeit gemeldet mit insgesamt 1.760 Personen in den Bedarfsgemeinschaften. Das entspricht einem Rückgang der Fallzahl um 145. Hiervon entfallen aber alleine 114 auf das ALG I, so dass vermutet werden kann, dass in Bielefeld-Senne besonders viele Personen aus der offiziellen Statistik herausgefallen und innerhalb von Bedarfsgemeinschaften ausgefangen worden sind. Mit einem Anteil von 35,3 Prozent ALG I-Empfängerinnen und -Empfängern im Verhältnis zu den ALG II-Beziehern liegt der Stadtbezirk innerhalb Bielefelds hinter Bielefeld-Dornberg auf Rang zwei. Rechnerischer Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit bleibt der statistische Bezirk „Windflöte“ mit einer Betroffenheitsquote von 10,8 Prozent, einer Fallzahl von 303 sowie insgesamt 721 Personen in den Bedarfsgemeinschaften. Die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaften ist mit 2,4 Personen vergleichsweise sehr hoch. Im statistischen Bezirk „Buschkamp“ ist - wie schon im Vorjahr - der Anteil der ALG I-Empfängerinnen und -Empfänger bei 50 Prozent, ein Wert der für Bielefeld beinah

einzigartig ist. Er birgt allerdings auch die Gefahr des schnellen Abgleitens vieler Personen in das ALG II im Verlaufe des Jahres 2007.

Im Stadtbezirk **Bielefeld-Jöllenbeck** hat es 2006 die mit Abstand größte Verschiebung im Verhältnis von ALG I- und ALG II-Empfängerinnen und -Empfängern gegeben. Der Anteil der Letztgenannten hat sich um 8,3 Prozent erhöht, eine Veränderung, die im Stadtbezirk spürbar geworden sein müsste. Zwar sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen insgesamt von 1.012 auf 957 zurückgegangen, allerdings sind alleine 103 Fälle weniger im ALG I-Bereich zu verzeichnen. Gestiegen sind die offiziellen Fallzahlen entgegen dem Trend im statistischen Bezirk „Vilsendorf“, nämlich um insgesamt 11. Die SGB II-Fälle für sich genommen sind um 26 gestiegen. Die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaft liegt in Bielefeld-Jöllenbeck bei 1,8 Personen, also unterhalb des städtischen Durchschnitts. In den statistischen Bezirken „Theesen“ und „Jöllenbeck-West“ liegt diese Quote nur bei 1,4, d. h., dass hier auffällig viele Einzelpersonen von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Deutlich größere Bedarfsgemeinschaft finden sich dagegen in „Jöllenbeck-Ost“ (Durchschnitt von 2,2 Personen). Insgesamt liegt die Betroffenheitsquote in Jöllenbeck mit 6,7 Prozent deutlich unter dem städtischen Mittel von 9,5 Prozent. In „Theesen“ ist der Anteil der ALG I-Empfängerinnen und -Empfänger mit 54,4 Prozent extrem hoch. Hier muss man die Entwicklung des Jahres 2007 abwarten.

Auch im Stadtbezirk **Bielefeld-Gadderbaum** ist die offizielle Fallzahl 2006 um 78 gesunken (von 543 auf 465). Betroffen sind 774 Personen in den Bedarfsgemeinschaften, das entspricht einer durchschnittlichen Größe von 1,7 Personen. Auch hier sind damit verhältnismäßig viele Einzelpersonen von Arbeitslosigkeit betroffen. Das Verhältnis zwischen SGB II- und SGB III-Klientinnen und -Klienten hat sich nochmals um 6,5 Prozentpunkte in Richtung ALG II verschoben. Damit hat Bielefeld-Gadderbaum bei seinen Arbeitslosen Bielefeld-weit hinter dem Stadtbezirk Bielefeld-Mitte prozentual den höchsten Anteil an ALG II-Empfängerinnen und -Empfängern. Während die Gesamtzahlen in den statistischen Bezirken „Bethel“ und „Eggeweg“ 2006 gesunken sind, gibt es im „Johannistal“ und am „Osningpaß“ Steigerungen. Im „Johannistal“ ist die Fallzahl um 17 gestiegen, fast alle noch Fälle des SGB III. Bei durchschnittlich 1,4 betroffenen Personen in den Bedarfsgemeinschaften geht es hier in erster Linie um Einzelhaushalte. Am „Osningpaß“ gibt es unter dem Strich 13 Fälle mehr. Hier sind die Zahlen des ALG I zurückgegangen, während die Fallzahlen im ALG II für sich genommen um 23 gestiegen sind. Die Betroffenheitsquote in diesem statistischen Bezirk ist mit 13,2 Prozent fast doppelt so hoch wie im restlichen Stadtbezirk. Die höchsten absoluten Fallzahlen weist der statistische Bezirk „Eggeweg“ mit 261 auf. Mehr als Dreiviertel davon sind Fälle des SGB II, die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaften liegt bei 1,6 Personen.

Mit einer Betroffenheitsquote von 5,1 Prozent steht der Stadtbezirk **Bielefeld-Dornberg** in punkto Arbeitslosigkeit Bielefeld-weit weiterhin am besten dar. Das Verhältnis von ALG I- zu ALG II-Bezieherinnen und -Beziehern spricht hier mit 40 zu 60 Prozent eine eigene Sprache, auch wenn es sich 2006 um 5,8 Prozentpunkte in Richtung SGB II verschoben hat. Aber auch in Bielefeld-Dornberg gibt es statistische Bezirke, die besonders von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, wie etwa der „Wellensiek“ (80,3 % ALG II-Empfänger). Insgesamt wurden am Stichtag 618 Fälle von Arbeitslosigkeit registriert, 70 weniger als im Vorjahr. Der Rückgang liegt praktisch ausschließlich im Bereich des ALG I, während die Zahlen des ALG II konstant geblieben sind. In den statistischen Bezirken „Niederdornberg-Schröttinghausen“,

„Kirchdornberg“, „Babenhausen-Ost“ und „Hoberge-Uerentrup“ ist der Anteil der ALG I-Empfängerinnen und -Empfänger an allen Arbeitslosen sehr hoch (zum Teil bei 50 Prozent oder mehr). Hier wird man die weitere Entwicklung im Jahr 2007 beobachten müssen. Die Größe der betroffenen Bedarfsgemeinschaften ist mit durchschnittlich 1,6 Personen sehr niedrig, in „Babenhausen-Ost“ und „Hoberge-Uerentrup“ liegt sie gar nur bei 1,0 Personen. Nur am „Pappelkrug“ sind durchschnittlich mehr als zwei Personen in einer betroffenen Bedarfsgemeinschaft. Zugenommen hat die Zahl der ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger im Vergleich zum Vorjahr im „Wellensiek“ (plus 11) und in „Hoberge-Uerentrup“ (plus 2).

II.2.: Materielle Leistungen der Stadt Bielefeld bei Einkommensdefiziten

Bedingt durch die neue Sozialgesetzgebung ab dem 1. Januar 2005 war es naturgemäß nicht möglich, eine Entwicklung über längere Zeitreihen zu dokumentieren. Daher wurden bei einigen Hilfearten Halbjahreswerte abgebildet. Einige größere Schwankungen sind dabei zumindest teilweise durch die Phase der Umstellung auf die neuen gesetzlichen Grundlagen zu erklären. Hierauf wird an den entsprechenden Stellen hingewiesen. Tatsächliche Steigerungen, wie etwa bei den Fallzahlen oder dem kommunalen Zuschussbedarf, sind dagegen deutlich erkennbar und besitzen insofern auch Aussagekraft.

Bei einigen Hilfearten, die schon länger in der jetzigen Form gewährt werden, ist es technisch sehr aufwendig, eine Zeitreihe von mehr als drei Jahren abzubilden. Bei einer z. T. sehr niedrigen Fallzahl und entsprechend vergleichsweise geringen Ausgaben erschien Aufwand und Ertrag in einem Missverhältnis. Insofern wurden hier z. T. nur die letzten zwei bzw. drei Jahre abgebildet.

„Hilfe zum Lebensunterhalt“: Dieser Begriff war seit vielen Jahren zentraler Bestandteil des alten Bundessozialhilfegesetzes (BSHG). Heute findet sich der Begriff im neuen **Sozialgesetzbuch XII, Kapitel 3**. Nach ihrer neuen Definition wendet sich die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ an Menschen, die in geringem Maße erwerbsfähig sind, aber keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld I oder II haben. Abhängig vom Fall liegt die Kostenträgerschaft entweder bei der Kommune oder beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Hier sollen nur die Fälle in Kostenträgerschaft der Kommune näher betrachtet werden, unterschieden in die Bereiche innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.

Insgesamt sind bei dieser Hilfeart Fallzahlsteigerungen von 6,6 Prozent seit ihrer Einführung im Jahr 2005 festzustellen. Dabei traten die Zuwächse vorrangig bei Fällen außerhalb von Einrichtungen auf, während die Fallzahl innerhalb von Einrichtungen in etwa konstant blieb oder nur leicht gestiegen ist.

Bei den Fällen außerhalb von Einrichtungen in städtischer Kostenträgerschaft fällt ein Rückgang der Einnahmen um rund 11,7 Prozent ins Auge (in erster Linie bedingt durch den Wegfall des Wohngeldes). Hierdurch erhöht sich der kommunale Zuschussbedarf, obwohl die durchschnittlichen Kosten pro Fall gesunken sind. Der Rückgang der Einnahmen erklärt sich auch dadurch, dass im Zuge der Einführung des neuen SGB XII Kostenerstattungsregelungen geändert wurden. So sind beispielsweise Erstattungsregelungen der Sozialhilfeträger untereinander entfallen, wie sie früher im BSHG für Umzüge in andere örtliche Zuständigkeitsbereiche vorgesehen waren. Die Altforderungen nach dem BSHG werden von der Sozialverwaltung weiter verfolgt. Ein eigenes Team im Dienstleistungszentrum dabei 2005 gut 1,9 Millionen Euro und 2006 rund 2,5 Millionen Euro erwirtschaftet. Der erhöhte kommunale Zuschussbedarf ist in erster Linie auf die Fallzahlsteigerung zurückzuführen, während die durchschnittlichen Kosten pro Fall seit 2005 um zwei Prozent gesunken sind.

Bei den kommunalen Zuschüssen für Hilfen innerhalb von Einrichtungen hat es im Berichtszeitraum einen leichten Rückgang gegeben. Das dies trotz gestiegener Gesamtkosten möglich war, lag an den stark verbesserten Einnahmen.

Stadtweit sind nur geringe Fallzahlen (893) für das SGB XII, Kap. 3 zu verzeichnen. Die regionalen Schwerpunkte liegen in den statistischen Bezirken „Heeper Fichten“ (31) und „Hammer Mühle“ (25). Dies korrespondiert mit den dortigen, auffällig hohen Zahlen an (Langzeit-)Arbeitslosen. Vergleichsweise hohe Fallzahlen finden sich auch in „Gellershagen“ (22) und „Stadtwerke“ (18).

Seit dem 1. Januar 2003 gibt es **die Grundsicherung im Alter oder wegen Erwerbsminderung, Sozialgesetzbuch XII, Kapitel 4**. Hier könnte man also schon eine Zeitreihe über vier Jahre abbilden. Allerdings war die Datenlage im ersten Jahr der neuen Hilfeart (2003) durch eine hohe Zahl von Anträgen und einen entsprechenden Bearbeitungsstau wenig aussagekräftig. Daher beginnt die hier abgebildete Zeitreihe im Januar 2004. Eine deutlich erkennbare Entwicklung hat es Anfang 2005 bei der Grundsicherung wegen Erwerbsunfähigkeit durch die neue Schnittstelle zum SGB II gegeben.

Insgesamt sind die Fallzahlen beider Hilfearten in den Berichtsjahren um 34,4 Prozent gestiegen, ein Zuwachs um mehr als ein Drittel. Dabei entfällt der Löwenanteil auf die Grundsicherung wegen Erwerbsunfähigkeit (plus 49,9 Prozent). Beide Hilfearten werden schwerpunktmäßig außerhalb von Einrichtungen gewährt.

Bedingt durch die gestiegenen Fallzahlen haben sich auch die kommunalen Ausgaben insgesamt erhöht, nämlich um 58,2 Prozent seit 2004. Der Zuschussbedarf ist sogar um 83,2 Prozent gestiegen. Zurückzuführen ist dies ausschließlich auf Fälle außerhalb von Einrichtungen, während die Zahlen innerhalb von Einrichtungen in derselben Zeit zurück gegangen sind. Letzteres liegt in erster Linie daran, dass ab 2005 die dortigen Fälle von Grundsicherung bei Erwerbsunfähigkeit zum Landschaftsverband verlagert wurden.

Die durchschnittlichen Kosten pro Fall sind 2005 mit einem Plus von 47,7 Prozent praktisch „explodiert“, in 2006 dann aber wieder leicht zurückgegangen. Hier gibt es einen Zusammenhang mit der Erstattung durch das Land, die ebenfalls 2005 zurückgegangen ist, um dann im letzten Jahr wieder anzusteigen.

Die Steigerungsraten bei der Grundsicherung im Alter sind möglicherweise u. a. dadurch zu erklären, dass sich einige Anspruchsberechtigte erst nach reiflicher Überlegung entschlossen haben, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, um damit die „verschämte Armut“ etwas zu lindern. Zudem sind die Belastungen für diesen Personenkreis im Berichtszeitraum deutlich gestiegen (z. B. Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Wegfall des Wohngeldes, Energiekosten). Dadurch haben sich die jeweiligen Bemessungsgrenzen bzw. Anspruchsvoraussetzungen verändert. Gleichzeitig ist das allgemeine Rentenniveau der „Neu-Ruheständler“ in vielen Fällen - z.B. durch Ausfallzeiten - etwas gesunken.

Bei der Grundsicherung wegen Erwerbsminderung ist anhand der Zahlen deutlich ablesbar, dass hier die Einführung des neuen SGB II und die damit verbundene verschärfte Prüfung der Erwerbsfähigkeit für höhere Steigerungsraten gesorgt hat.

Der Gesamtbereich der Grundsicherung nach dem SGB XII, Kapitel 4, wird nicht zuletzt durch die Steigerung der Fallzahlen zu einem der kostenintensivsten innerhalb des Sozialdezernates.

Bei der regionalen Verteilung betrachten wir zunächst die Grundsicherung wegen Alters. Hier fallen fünf statistische Bezirke ins Auge: „Baumheide“ (134), „Heeper Fichten“ (80), „Sieker“ (78), „Sennestadt“ (69) und „Kammerich“ (65). Sie liegen nicht nur bei den absoluten Fallzahlen an der Spitze, sie haben auch die höchsten Steigerungsraten im Vergleich zu den Vorjahren. Über die Ursachen hierfür kann nur spekuliert werden. Eine vertiefende Betrachtung müsste sich in aller erster Linie mit der Altersstruktur im statistischen Bezirk und unter den Neufällen beschäftigen.

Bei der Grundsicherung wegen Erwerbsunfähigkeit dominieren die statistischen Bezirke, in denen auch die meisten Langzeitarbeitslosen wohnen: „Heeper Fichten“ (66), „Baumheide“ (55), „Sennestadt“ (52), „Kammerich“ (47), „Hammer Mühle“ (44), und „Sieker“ (43).

Seit der Einführung des neuen SGB II am 1. Januar 2005 trägt die Kommune die Kosten für die angemessene Warmmiete sowie notwendige Einmalbeihilfen für Empfängerinnen und -Empfänger von Arbeitslosengeld II. Hierzu zählen die **Kosten der Unterkunft und Heizung** (anteilig), **Kosten im Zusammenhang mit der Wohnraumbeschaffung (z.B. Mietkautionen oder Umzugskosten)**, die **darlehensweise Übernahme von Mietschulden, Einrichtungs- und Bekleidungsbeihilfen** (in besonderen Einzelfällen, soweit sie nicht von den Regelsätzen zu decken sind) sowie **mehrtägige Klassenfahrten**.

Bei den **Kosten der Unterkunft** und Heizung handelt es sich um eine **laufende Hilfe**, d.h., sie wird regelmäßig monatlich gezahlt. Hier sind die Fallzahlen im Vergleich zu 2005 zwar um rund 800 zurückgegangen. Dennoch haben sich die Gesamtausgaben aber um acht Prozent oder 5,7 Millionen Euro erhöht. Damit sind die durchschnittlichen Kosten pro Fall und Monat um jeweils 36 Euro gestiegen. Ein Großteil dieser Steigerung ist auf die enorme Zunahme bei den Energiekosten zurückzuführen.

Bei den **einmaligen Beihilfen** im Zusammenhang mit dem SGB II hat es 2006 eine Steigerung von 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gegeben. Dabei sollte man allerdings das Gesamt-Niveau der Ausgaben mit einer Höhe von 3,1 Millionen Euro pro Jahr nicht außer Acht lassen und es in Relation setzen, beispielsweise zu den Kosten der Unterkunft, für die 2006 mehr als 77 Millionen Euro ausgegeben wurden. Größter Posten bei den Einmalbeihilfen bleibt - trotz eines Rückgangs von 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr - die Einrichtungsbeihilfe mit etwa 1,3 Millionen Euro. Gestiegen sind die anderen Beihilfearten rund um das Thema Wohnen: Wohnraumbeschaffung, Mietkaution, Umzugskosten (plus 10,2 Prozent). Als neue Leistung werden seit April 2006 in einigen Fällen Mietschulden darlehensweise übernommen. Die Ausgaben hierfür lagen 2006 bei gut 85.000 Euro. Deutlich gestiegen sind die Kosten für die Bekleidungsbeihilfen und zwar insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2006. Hier scheinen die Bedarfe - hauptsächlich an Winterbekleidung - durch die Regelsätze nicht ausreichend gedeckt zu sein. Deutlich gestiegen sind auch die Zuschüsse zu mehrtägigen Klassenfahrten (plus 16,6 Prozent). Als Grund hierfür wird ein deutlich vergrößerter Kreis von Anspruchsberechtigten (durch das SGB II) genannt.

Bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem **Asylbewerber-Leistungsgesetz** sind die Fallzahlen seit 2004 in etwa gleich geblieben. 2005 hat es einen erheblichen Rückgang der Einnahmen gegeben, der in erster Linie auf den Wegfall des Wohngeldes zurückzuführen ist. Bei der regionalen Verteilung innerhalb der Stadt rangieren die statistischen Bezirke „Kammerich“ (30), „Kesselbrink“ (26) und „Pauluskirche“ (26) vorne. Eine deutliche Fallzahlsteigerung findet sich 2005 und 2006 nur in den Bereichen „Kammerich“ (von 6 auf 30) und „Kesselbrink“ (von 11 auf 26).

Bei den Leistungen nach dem **Unterhaltsvorschuss-Gesetz** steigen die Fallzahlen und damit auch die Ausgaben kontinuierlich an. Dies ist ein Indiz dafür, dass immer weniger unterhaltspflichtige Elternteile ihrer Verpflichtung nachkommen. Insbesondere durch den Rückgang der Erstattung von Bund und Land kam es seit 2004 zu einer Erhöhung des kommunalen Zuschussbedarfes um mehr als eine halbe Million Euro.

Die Fallzahlen der **Leistungen bei Pflegebedürftigkeit** nach dem Kapitel 7 des Sozialgesetzbuchs XII sind seit 2004 durchschnittlich um knapp 60 Fälle pro Jahr gestiegen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Fälle in Kostenträgerschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (plus 23 Prozent) und dabei wiederum in erster Linie um den ambulanten Bereich. Der städtische Zuschussbedarf für diese Hilfeart ist insgesamt zurückgegangen, was in erster Linie auf eine verbesserte Einnahmesituation im teilstationären und stationären Bereich zurückzuführen ist. Deutlich verringert haben sich im Berichtszeitraum auch die durchschnittlichen monatlichen Kosten pro Fall von 741 Euro im Jahr 2004 auf 677 Euro im Jahr 2006.

Auch bei der **Eingliederungshilfe für Behinderte** steigt die Fallzahl (in Kostenträgerschaft der Kommune) konstant, seit 2004 insgesamt um 21,7 Prozent. Der Großteil hiervon entfällt auf die Hilfen außerhalb von Einrichtungen. Auf der Einnahmeseite fällt eine besonders hohe Summe (rund 585.000 Euro) im Jahr 2005 auf. Hierbei handelt es sich allerdings nur um einen Einmaleffekt, zurückzuführen auf mehrere größere Erstattungen des überörtlichen Trägers in diesem Jahr. Ansonsten haben in erster Linie die steigenden Fallzahlen in den letzten Jahren dazu geführt, dass der städtische Zuschussbedarf um etwa ein Drittel erhöht werden musste.

Bei den **Hilfen zur Gesundheit** nach Kapitel 5, SGB XII sind die Fallzahlen moderat, die Ausgaben allerdings sehr stark gestiegen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um ein Buchungsproblem: Im Rahmen der gesetzlichen Neuregelungen zum SGB XII wurden im ersten Halbjahr 2005 nur Abschlagszahlungen an die Krankenkassen erstattet. Im zweiten Halbjahr 2005 wurden neben den dann fälligen Abschlagszahlungen auch noch die tatsächlichen Kosten des ersten Halbjahres erstattet. Dies erklärt den enormen Zuwachs, auch beim Zuschussbedarf und den durchschnittlichen Kosten pro Fall. Bei den **Hilfen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** ist der städtische Zuschussbedarf um 10,6 Prozent zurückgegangen.

Die kommunalen Kosten für **Hilfen bei besonderen sozialen Schwierigkeiten** (z. B. für Obdachlose) oder **in besonderen Lebenslagen** haben sich 2006 insgesamt auf dem Vorjahresniveau bewegt. In der Binnendifferenzierung hat es allerdings deutliche Verschiebungen gegeben. So ist der Zuschussbedarf für Fälle innerhalb von Einrichtungen um 37,2 Prozent zurückgegangen, bei Fällen außerhalb von Einrichtun-

gen ist er um 34,7 Prozent gestiegen. Hier besteht ein Zusammenhang mit der konzeptionellen Neuausrichtung in diesem Arbeitsbereich.

Die Fallzahlen beim **Wohngeld** sind auch 2006 weiter gesunken. Der Rückgang steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Neuregelungen zum Wohngeldgesetz. Danach ist der Bezug von Wohngeld für die Empfängerinnen und -Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und XII ausgeschlossen. Er wird ersetzt durch die Übernahme der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung (s. o.). Kontinuierlich zurückgegangen sind zwischen 2003 und 2006 auch die Fallzahlen der **Unterhaltssicherung**. Grund hierfür sind in erster Linie die Änderungen beim Wehr- und Zivildienst.

Konstante Steigerungsraten finden sich dagegen bei der **Ausbildungsförderung**. Hier hat sich die Fallzahl zwischen 2003 und 2006 um 31 Prozent erhöht. Dies ist in erster Linie ein Indiz dafür, dass immer mehr Schüler und Studierende die Voraussetzungen für den Bezug von BaföG erfüllen. Konkret: Immer mehr Eltern liegen mit ihrem Einkommen unterhalb der Bemessungsgrenze.

Bei den **Hilfen für Schwerbehinderte** sind die begleitenden Hilfen im Arbeitsleben (z. B. Arbeitsplatzausstattungen oder Hilfen zum Erhalt von Arbeitsplätzen) in den letzten vier Jahren um 23 Prozent zurückgegangen, während die Zahlen des Behinderten-Fahrdienstes in etwa konstant geblieben sind.

II.3.: Beratung und Betreuung - Lebensphasenspezifische Angebote

Tagesbetreuung für Kinder

Die Zahl der **Tageseinrichtungen für Kinder** ist in den letzten vier Jahren gleich geblieben, kontinuierlich gestiegen ist dagegen bis 2005 die Zahl der Gruppen. 2006 hat es dann erstmals wieder einen Rückgang im Gesamtangebot gegeben, bedingt durch den beginnenden Abbau der Horte im Zusammenhang mit der offenen Ganztagsgrundschule und einer geringeren Zahl von Kindergartengruppen. Gestiegen ist 2006 dagegen die Zahl der kleinen und großen altersgemischten Gruppen (plus sieben).

Die Versorgungsquote der **Unter-Dreijährigen** lag 2006 bei 11,6 Prozent. Nach der gesetzlichen Neuregelung durch das Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz (TAG) ist eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten nicht mehr gegeben, so dass an dieser Stelle auf die Abbildung einer Zeitreihe verzichtet werden muss. Bei der Tabelle zur regionalen Verteilung der Plätze für unter Dreijährige sind nur diejenigen Stadtbezirke aufgeführt, die um mehr als 10 Prozentpunkte vom gesamtstädtischen Mittelwert abweichen. Dabei gilt: Je höher die angegebene Prozentpunktzahl, desto besser ist die Versorgung im jeweiligen Stadtbezirk. Die größte Abweichung vom statistischen Mittel findet sich in Bielefeld-Gadderbaum, bedingt durch die dortigen Angebote der von-Bodelschwingschen-Anstalten, aber auch von drei Elterninitiativen. Die vorhandenen Plätze werden zu einem Großteil von Kindern in Bethel Beschäftigter in Anspruch genommen. Insofern entlasten sie ein Stück weit die Nachfrage in den anderen Stadtbezirken. Auch Bielefeld-Schildesche und Bielefeld-Mitte liegen noch über dem gesamtstädtischen Mittelwert. Unterschritten wird er dagegen von Bielefeld-Senne, -Sennestadt, -Jöllenbeck, -Brackwede und -Stieghorst. Schlusslicht ist der Stadtbezirk Bielefeld-Heepen, der um sieben Prozentpunkte unter dem Mittelwert liegt.

Die Versorgungsquote für die **Drei- bis unter Sechsjährigen** ist im Berichtszeitraum um 10,5 Prozentpunkte auf 92,0 Prozent im Jahr 2006 gestiegen. Das bedeutet: Mehr als neun von zehn Bielefelder Kindern dieser Altersgruppe haben von Beginn an, d. h. ab dem dritten Lebensjahr, einen Kindergartenplatz. Auch hier fällt bei der regionalen Verteilung der Angebote die scheinbare „Überversorgung“ des Stadtbezirks Bielefeld-Gadderbaum auf. Die Erklärung ist dieselbe wie bei den Angeboten für die unter Dreijährigen. Auch in Bielefeld-Brackwede ist die Versorgung in der Fläche zwischenzeitlich grundsätzlich überdurchschnittlich gut, Nachholbedarf gibt es dagegen im Stadtbezirk Bielefeld-Heepen.

Für **Kinder mit Behinderungen** werden unterschiedliche Angebote vorgehalten. In zwei sogenannten additiven Einrichtungen, die Regeleinrichtungen angekoppelt sind, werden zur Zeit 56 schwerst-mehrfach-behinderte Kinder heilpädagogisch betreut. Insgesamt 11 Schwerpunkteinrichtungen bieten darüber hinaus 75 Plätze für Kinder mit Behinderungen, im Rahmen der Einzelintegration haben zur Zeit 32 Tageseinrichtungen für Kinder insgesamt 66 Plätze für das Kindergartenjahr 2007/2008 beantragt.

Die **Gesamtkosten der Tageseinrichtungen** für Kinder sind in den letzten vier Jahren insgesamt um 5,8 Prozent gestiegen. Dabei ist der Trägeranteil 2005 deutlich

zurückgegangen. Der Evangelische Kirchenkreis Bielefeld und der Evangelische Gemeindeverband Brackwede haben in diesem Jahr ihren Trägeranteil zurückgefahren und erhalten stattdessen einen freiwilligen Zuschuss der Stadt Bielefeld. Bedingung hierfür war die Schaffung zusätzlicher Plätze und damit die Aufnahme zusätzlicher Kinder in bestehenden Einrichtungen der beiden Trägerverbände. Im Jahr 2006 hat es dann wieder einen leichten Anstieg des Trägenanteils um 2,1 Prozent gegeben, das Niveau von 2004 wurde dabei allerdings nicht annähernd wieder erreicht. Da auch die Landeszuschüsse im Zuge der dortigen Haushaltskonsolidierung seit 2003 zurückgegangen sind, ist der **kommunale Zuschussbedarf** seitdem um 17,9 Prozent gestiegen. Die Zunahme bei den Elternbeiträgen ist in erster Linie auf eine Steigerung der Platzzahlen und daraus resultierender Mehreinnahmen zurückzuführen.

Bei der **Tagespflege** sind die Fallzahlen 2006 in etwa konstant geblieben. Die deutliche Kostensteigerung geht zum Teil zurück auf neue Tagespflegegruppen, die institutionell gefördert werden. Neu hinzu gekommen ist 2006 auch ein Programm des Arbeitsministeriums NRW zur Kinderbetreuung als einem Instrument der Arbeitsmarktpolitik. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Gefördert wird die Kinderbetreuung bei der Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit durch einen ALG-II-Bezieherin oder der Wiederaufnahme einer Tätigkeit beim alten Arbeitgeber durch Rückkehr aus der Elternzeit. 2006 gab es in Bielefeld 61 dieser Fälle mit einem finanziellen Gesamtvolumen von knapp 92.000 Euro. Das Programm ist zeitlich begrenzt bis zum 31.12.2007.

Die Anzahl der **Spielstuben** ist um ein weiteres Angebot zurückgefahren worden, damit einher geht ein Rückgang der Ausgaben um 13,6 Prozent.

Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien

Die Anzahl der **Träger von stationären Einrichtungen** zur Erziehungshilfe ist seit 2003 konstant, die Anzahl der Plätze unterliegt marginalen Schwankungen. Bei den stationären Unterbringungen sind 2006 erstmals auch die Maßnahmen nach Paragraph 41 des SGB VIII (Junge Volljährige zwischen 18 und unter 21 Jahren) berücksichtigt. Deshalb ist eine vergleichende Zeitreihe mit den Vorjahren an dieser Stelle nicht möglich.

Bei den **teilstationären Angeboten** sind 2004 zwei neue Träger mit insgesamt 14 neuen Plätzen hinzugekommen. Nach kontinuierlichen Steigerungen in den Vorjahren sind die Fall-Zahlen hier 2006 erstmals leicht zurückgegangen.

Deutlich gestiegen sind die Fallzahlen bei den **Pflegekindern**, nämlich um 9,6 Prozent oder 31 Fälle im Vergleich zum Vorjahr. Hauptverantwortlich hierfür sind veränderte Vorgaben im Umgang mit Kindern, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht in ihren Familien bleiben können. Hier wird im Rahmen des städtischen Steuerungskonzeptes „Hilfen zu Erziehung“ dann die Unterbringung in einer Pflegefamilie als die niedrigschwelligere Maßnahme vor der Heimunterbringung gewählt.

Die Fallzahlen der **ambulanten Hilfen zur Erziehung** sind im Berichtszeitraum um 137 Prozent gestiegen. Dementsprechend sind natürlich auch erheblich mehr Anbie-

ter vorhanden, bereits in diesem Bereich tätig haben ihr Personal verstärkt. Auch bei den **ambulanten Eingliederungshilfen** für Kinder ab sechs Jahren gab es bis 2005 durchgängig Steigerungsraten, erst 2006 war wieder ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen. Die **stationäre Eingliederungshilfe** ist dagegen um 10,7 Prozent zurückgegangen.

Die dargestellten Zahlen bilden den konzeptionellen Ansatz der Stadt Bielefeld ab: Ambulant vor stationär. Saldiert man den Rückgang bei der stationären Unterbringung und den Zuwachs bei den ambulanten Hilfen, so wird deutlich, dass die erzieherischen Probleme und damit verbunden auch der Hilfebedarf in den letzten Jahren zugenommen haben. Dies wird auch unterstrichen durch die Entwicklung der Fallzahlen innerhalb der **Jugendgerichtshilfe**, die sich seit 2004 auf einem etwa gleichbleibend hohem Niveau eingependelt haben. Dasselbe gilt für die Fallzahlen der **Trennungs- und Scheidungsberatung** (2005 und 2006 jeweils 474 Fälle). Die **Pflegschaften** haben im Berichtszeitraum um 26 Prozent zugenommen, die **Vormundschaften** um 3,4 Prozent und die Zahl der niedrig-schweligen **Angebote im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung** um 11,7 Prozent.

Die einzelfallfinanzierten Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien wurden in den letzten Jahren maßgeblich geprägt durch das Steuerungskonzept „Hilfe zur Erziehung“ und weitere Maßnahmen. Intention war es, durch eine fachliche Steuerung kostendämpfend zu wirken. Hierbei spielten der Ausbau ambulanter Hilfen, der Ausbau des Pflegekinderwesens, die Steuerung im Bereich der Hilfen für von seelischer Behinderung bedrohter bzw. seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher sowie die Reduzierung der stationären Unterbringung eine maßgebliche Rolle.

Nach kontinuierlichen Steigerungen in den Vorjahren konnte der Fallzahlenanstieg bei den stationären Unterbringungen in den Jahren 2004 und 2005 aufgehalten werden. 2006 ergab sich erstmals ein Fallzahlrückgang um 25% gegenüber dem Vorjahr. Einher ging diese Entwicklung mit dem Ausbau der ambulanten Hilfen zur Erziehung. Hier sind neue Anbieter hinzugekommen, hier bereits Tätige haben ihre Angebote ausgeweitet, um dem steigenden Bedarf an ambulanten Hilfen gerecht werden zu können. Auch wurden mehr Kinder in Pflegefamilien untergebracht. Ziel ist es, Kinder unter sieben Jahren vorrangig in familiären Lebensformen statt in Heimeinrichtungen unterzubringen. Unterstützt wurde diese positive Entwicklung durch eine Kampagne zur Gewinnung von Pflegeeltern.

Im Bereich der Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche zeichnet sich mit der Aufnahme der Arbeit der Fachstelle Ende 2005/Anfang 2006 eine Trendwende ab. Waren die Fallzahlen in den Jahren 2003 bis 2005 stetig steigend, ergab sich in 2006 erstmalig ein Fallzahlrückgang.

Die o.g. Steuerungsansätze haben mit dazu geführt, dass der Anstieg der Ausgaben in den letzten Jahren gebremst werden konnte und der Mittelbedarf sogar rückläufig war. Die **Gesamtkosten der Hilfen zur Erziehung** hatten 2004 mit 26,2 Millionen Euro ihren Höchststand erreicht. Seitdem sind die Zahlen um insgesamt 10,7 Prozent oder rund 2,8 Millionen Euro gesunken. Auch dies ist u. a. eine Folge des Umsteuerns hin zum Vorrang für ambulante Hilfen.

Bei den **Kosten der Kinder- und Jugendarbeit** spielt die Übertragung von Aufgaben an freie Träger ab 2002 eine entscheidende Rolle. Dabei werden also keine echten Kostensteigerungen abgebildet. Vielmehr werden hier jetzt sukzessive Ausgaben aufgeführt, die vorher an anderer Stelle im städtischen Haushaltsplan zu finden waren, als die Leistung noch in städtischer Trägerschaft erbracht wurde.

Die Veränderungen im Bereich der **Schulsozialarbeit** sind zu erklären durch den Wegfall von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, so dass die Stadt hier nach und nach einen Vollzuschuss geleistet hat.

Bei den Angeboten für **junge Erwachsene, Erwachsene und Familie** liegen zahlreiche Angebote in den Händen freier Träger. Hier liegen die Daten für 2006 zum großen Teil noch nicht vor, da eine Berichtspflicht erst bis zum Juni 2007 besteht. Dort, wo die Ergebnisse vorliegen, sieht man kaum Veränderungen zum Vorjahr.

Seniorinnen und Senioren:

Das Arbeitsfeld der Betreuung und Pflege von Seniorinnen und Senioren hat zunächst durch die Einführung der Pflegeversicherung Mitte der neunziger Jahre und dann später durch die Novellierung des Landespflegegesetzes zum August 2003 tiefgreifende Veränderungen erfahren. Die Steuerungsmöglichkeiten der Kommune, wie sie etwa im Bereich der Kinder und Jugendlichen anzutreffen sind, sind weitestgehend zurückgefahren worden zugunsten eines „freien Marktes“. Ein Anbieter muss heute nur noch einige wenige Standards erfüllen und kann dann praktisch unabhängig von den Bedarfsgesichtspunkten der Kommune tätig werden.

Auswirkungen dieser neuen Regelungen zeigen sich im Bereich der **Tagespflege**, wo die prozentualen Steigerungsraten aufgrund der relativ geringen Zahl von Einrichtungen und Plätzen allerdings eine etwas verfälschtes Bild liefern. Die Angebote bei den **Pflegeheimen** und in der **Kurzzeitpflege** sind seit 2003 weitestgehend konstant geblieben.

Obwohl beim „**Wohnen mit Service**“ nur die drei letzten Jahre abgebildet sind, ist hieran doch eine Entwicklung ablesbar, die auch für andere alternative Lebensformen im Alter gilt, die nicht detailliert statistisch nachzuhalten sind. Immer mehr Seniorinnen und Senioren möchten so lange es eben geht selbstständig leben, gleichzeitig aber die Sicherheit haben, dass im Bedarfsfall Hilfe und Unterstützung schnell verfügbar sind. Diesem Wunsch kommt entgegen, dass heute zumindest im öffentlich geförderten Wohnungsbau eine seniorenrechtliche Gestaltung und vor allem die Barrierefreiheit Standard sind.

Die statistischen Schwankungen bei der **Wohn- und Pflegeberatung** gehen zurück auf Veränderungen bei der internen Erfassung sowie auf ein verändertes Nachfrageverhalten. Seit 2003 hat sich die Lage im Bereich der Altenheim-Plätze deutlich entspannt, freie Plätze sind in der Regel immer vorhanden. Entsprechend ist die Zahl der diesbezüglichen Beratungskontakte ab 2004 auch zurückgegangen. Außerdem wurde zwischenzeitig eine Internet-Seite der Pflegeberatung neu aufgebaut, die hohe Besucherzahlen aufweist. Allein 2005 sind mehr als 7.000 Bürgerinnen und Bürger auf diese Seite „gesurft“. Unter qualitativen Gesichtspunkten ist die Beratungsintensi-

tät gestiegen, da nun weniger Routinegespräche anfallen, dafür aber komplexe und somit zeitintensivere Hilfesgespräche durchgeführt werden. Bei der Wohnberatung sind in erster Linie die wechselnden Vorgaben des Landes verantwortlich für statistische Schwankungen. Zeitweilig wurden Einzelkontakte, z. B. im Rahmen einer Wohnungsanpassung, gesondert erfasst. Gegenwärtig werden solche Anpassungen erst ab dem ersten Hausbesuch erfasst.

Bei der **Beratung zur Kurzzeitpflege** weist die statistische Darstellung einen quantitativen Bruch von 2003 auf 2004 aus. Bis zum Ende des Jahres 2003 hatte die Stadt Bielefeld Belegungsrechte für Kurzzeitpflegeplätze erworben. Die Vermittlung und Belegung dieser Plätze lief über die städtischen Stellen. Heute wenden sich die Angehörigen in vielen Fällen direkt an die Einrichtungen, vor allem dann, wenn sich die Notwendigkeit der Kurzzeitpflege wiederholt und Einrichtung und Ansprechpartner bekannt sind.

II.4.: Beratung und Betreuung - Zielgruppenspezifische Angebote

Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

Die Fallzahlen des **sozialpsychiatrischen Dienstes** sind in den vergangenen vier Jahren deutlich gestiegen (plus 17,7 Prozent), allein 2006 hat es eine Zunahme um 11 Prozent gegeben. Und auch die Zahl der Unterbringungen nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (**PsychKG**) hat nach einem vorübergehendem Rückgang 2005 wieder das hohe Niveau des Jahres 2004 erreicht (510 Fälle).

Zum Ende des Jahres 2004 nahm die Funktionale Hilfeplankonferenz Bielefeld für die Zielgruppe der psychisch beeinträchtigten Menschen ihre Arbeit auf. Mit Einrichtung dieses Gremiums sollte die psychiatrische Versorgung psychisch beeinträchtigter Bielefelder Bürger und Bürgerinnen mit komplexem Hilfebedarf weiter entwickelt, die Plausibilität der erforderlichen Hilfen überprüft und die Hilfsangebote verschiedener Leistungserbringer im Einzelfall miteinander abgestimmt werden – unabhängig von der Kostenträgerschaft.

Die **Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen** (Servicestelle nach dem SGB IX) weist steigende Beratungszahlen auf, obwohl auf Grund von Personalwechseln nicht immer die volle Leistungsfähigkeit sichergestellt werden konnte. Von daher muss der Bedarf noch deutlich höher eingeschätzt werden. Hervorzuheben ist der hohe Anteil von Ratsuchenden mit Migrationshintergrund (23%).

Bei der **Hörgeschädigtenberatung** sind die Fallzahlen 2006 gesunken, da die Mitarbeiterinnen zum Teil auch in der Behindertenberatung tätig waren. Seit Beginn dieses Jahres (2007) ist man hier allerdings wieder auf die vorher bei den Hörgeschädigten bekannten Präsenzzeiten zurückgegangen, so dass in diesem Jahr auch wieder mit steigenden Fallzahlen gerechnet werden kann. Allerdings werden hier auch in Zukunft aufgrund veränderter Regelungen des Landschaftsverbandes im Zusammenhang mit Integrationsmaßnahmen am Arbeitsplatz einige frühere Arbeitsfelder nicht mehr wahrgenommen. Dort wo die Angebote über Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen an Freie Träger abgegeben worden sind, liegen die Daten z.T. noch nicht vor bzw. sind noch nicht ausgewertet.

Die Anzahl der Kontakte des **Krisendienstes** ist seit 2004 wieder deutlich angestiegen, nämlich um 15,8 Prozent. Auch dies ist zusammen genommen mit der Entwicklung beim sozialpsychiatrischen Dienst ein Trend, der darauf hinweist, dass zunehmend mehr Menschen in nachhaltige, tiefgreifende persönliche Krisen geraten. Eine der möglichen Ursachen könnte die eigene soziale Lage sein.

Nach leichten Rückgängen hat die Zahl der **rechtlichen Betreuungen** 2006 wieder zugenommen und liegt nun über dem hohen Niveau des Jahres 2003. Der professionelle Betreuungsbereich ist seit 2003 kontinuierlich und deutlich angestiegen, während der ehrenamtliche Bereich bis 2005 stark abgenommen hat. Erst im Verlaufe des Jahres 2006 hat es auch hier wieder eine leichte Steigerung um 4,5 Prozent gegeben. Die Zahlen der Behördenbetreuung und der Betreuungsvereine sinken bzw. stagnieren, während die Fallzahlen bei den Rechtsanwälten seit 2003 um 44,3 Prozent gestiegen sind. Die Fallzahlen der Berufsbetreuer haben sich im selben Zeit-

raum um knapp ein Drittel (31 Prozent) erhöht. Hier ist seit der Mitte der neunziger Jahre ein eigener Berufszweig entstanden.

Menschen mit Migrationshintergrund

Die Koordination und Federführung der Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund obliegt innerhalb der Bielefelder Stadtverwaltung dem Büro des Oberbürgermeisters. Dennoch berührt dieses Thema natürlich mittelbar und unmittelbar auch die Arbeit der Sozialverwaltung. In diesem Kapitel sollen allerdings nur die unmittelbaren Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund vorgestellt werden.

Zu einem Paradebeispiel präventiver sozialer Arbeit hat sich die **vorschulische Sprachförderung** im Elementarbereich entwickelt. Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder, Privatinitiativen und Verwaltung arbeiten hier seit Jahren eng zusammen, um Kindern mit Migrationshintergrund bessere Bildungs-, Berufs- und damit Lebenschancen zu eröffnen. Noch viel wichtiger als die imposante quantitative Steigerung bei den Kursen von 218 Prozent in vier Jahren ist die konsequente, flächendeckende Weiterentwicklung der inhaltlichen Konzepte. Kommune, Land und private Sponsoren investieren hier jährlich mehr als 800.000 Euro in die Zukunft dieser Kinder.

Die Beratungen der **Fachstelle für ausländische Flüchtlinge** haben sich mit knapp 2.000 auf dem hohen Niveau von 2005 eingependelt. Die Zahl der Plätze in städtischen **Unterkünften für Aussiedler** ist 2006 noch einmal um knapp ein Viertel reduziert worden, insgesamt werden jetzt noch 331 Betten vorgehalten. Die Kapazitäten bei der **Unterbringung ausländischer Flüchtlinge** wurden seit 2003 um mehr als 57 Prozent zurückgefahren. Beides steht natürlich im Zusammenhang mit den sehr stark zurückgegangenen Zuweisungszahlen des Landes bei diesen Personengruppen.

Menschen in besonderen Notlagen oder sozialen Schwierigkeiten

Die Zahlen der **Schuldnerberatung** sind immer ein wichtiger Indikator für die soziale Lage in einer Stadt. In Bielefeld ist die Fallzahl in diesem Arbeitsgebiet bis 2005 Jahr für Jahr stark angestiegen, insbesondere im ersten Jahr der neuen Sozialgesetzgebung 2005. 2006 hat es dann einen deutlichen Rückgang der Beratungen gegeben. Dies liegt in erster Linie daran, dass einige Stellen aus unterschiedlichen Gründen über einen längeren Zeitraum nicht besetzt waren. Dennoch soll die Betrachtung hier anhand der Daten des Jahres 2006 vertieft werden:

- Die meisten Schuldner waren zwischen 31 und 40 Jahren alt.
- Mit 41 Prozent stellten die Bezieherinnen und -Bezieher von Arbeitslosengeld II die Hauptgruppe.
- 55 Prozent der Ratsuchenden hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Die Gesamtschuldenshöhe aller Neufälle betrug 13.407.783,00 Euro, ein Schnitt von 32.386 Euro pro Klient.
- Mit 57 Prozent war der Konsum Verschuldungsgrund Nummer eins, im vergangenen Jahr lag sein Anteil noch bei 65 Prozent.

- Hauptüberschuldungsursachen waren: Arbeitslosigkeit (28 Prozent), Unwirtschaftliches Verhalten (20 Prozent), Krankheit (10 Prozent), gescheiterte Selbstständigkeit (13 Prozent) und Trennung bzw. Scheidung (9 Prozent).

Die **Hilfen zur Vorbeugung von Wohnungsverlust** sind seit 2005 um knapp 19 Prozent zurückgegangen. Die Quote der Wohnungserhalte beträgt unverändert ca. 70 Prozent. Die Zuständigkeit für die Hilfen liegt auch nach der Änderung des SGB II zum 1. April 2006 gebündelt bei der kommunalen Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung. Dadurch ist erreicht worden, dass auch für die Leistungsempfänger des SGB II weiterhin eine spezialisierte Hilfe möglich ist.

Die Zahl der **städtischen Unterkünfte** für einheimische Wohnungslose ist auch 2006 weiter reduziert worden, sie wurde damit seit 2003 halbiert. Die Zahl der betroffenen Menschen in den Unterkünften ist seit 2003 sogar um mehr als zwei Drittel zurückgegangen. Hauptgrund hierfür ist das 2004 begonnene Projekt: „Unterkünfte - besser (ist) wohnen“. In den ersten drei Jahren des neuen Angebotes konnten 249 Haushalte in Wohnungen vermittelt werden.

II.5.: Gesundheit und Verbraucherschutz

Die **Untersuchungen in Tageseinrichtungen für Kinder** wurden bis Mitte der neunziger Jahre flächendeckend durchgeführt. Aufgrund einer Stellenvakanz und einem Wechsel in der gesetzlichen Zuständigkeit mussten sie ausgesetzt werden. Seit 2003 werden die Untersuchungen wieder durchgeführt und konnten seitdem um 69,1 Prozent gesteigert werden. Von 2005 nach 2006 war ein Rückgang der faktisch untersuchten Kinder von 980 auf 570 zu verzeichnen. Das beruht auf veränderten Auswahlkriterien angesichts knapper Ressourcen, die noch gezielter auffällige Kinder erreichen sollten. Dieses Ziel konnte jedoch bzgl. der Mehrzahl der Befunde leider nicht verwirklicht werden, so dass ab 2007 die Untersuchung in ihrer alten Form wieder stattfindet (sozialkompensatorisch werden Kindertageseinrichtungen aus der Gesamtzahl der Kindertageseinrichtungen ausgewählt und alle Kinder der jeweiligen Einrichtung untersucht).

Die Zahlen der **Einschulungsuntersuchungen** bilden praktisch immer den kompletten Bielefelder Jahrgang ab, ausgenommen sind hier nur Kinder mit schweren Behinderungen.

Die Zahlen der **Schulentslassungsuntersuchungen** sind aufgrund von Personalengpässen stark zurückgegangen. Auch sie wurden früher flächendeckend (ohne Gymnasien) angeboten. Von 2005 nach 2006 ist ein Zuwachs zu verzeichnen, der überwiegend damit zusammenhängt, dass das zur Verfügung stehende Zeitfenster größer war als in den Vorjahren. Auch hier wäre eine Rückkehr zu höheren Untersuchungszahlen sehr wünschenswert, da gerade dieses Klientel relativ selten zum Arzt geht und in diesem Alter die ersten Nachimpfungen anstehen.

Der Anstieg der gutachterlichen Tätigkeiten bei den **amtsärztlichen Untersuchungen** resultiert in erster Linie aus den vermehrten Prüfungen der Arbeits- bzw. Erwerbsfähigkeit sowie des Mehrbedarfs (Diätzulage) im Zusammenhang mit dem neuen SGB II. Diese Entwicklung setzte sich in 2006 fort.

Während die Fälle im **kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst** bis einschließlich 2005 praktisch konstant geblieben sind, ging die Zahl 2006 nach der Einrichtung einer Fachstelle zurück. Dieser Rückgang fiel allerdings deutlich geringer aus als ursprünglich erwartet, was auch auf eine Zunahme von Fällen in anderen Bereichen, z.B. des SGB XII, zurückzuführen ist. Insgesamt hat die Zahl von Kontakten deutlich zugenommen.

Die Fallzahlen in der **Frühförderung** steigen kontinuierlich. Hierfür sind verschiedene Gründe denkbar: Sensibilisierung für die Notwendigkeit eines frühen Eingreifens bei Entwicklungsstörungen, veränderte familiäre Strukturen, Budgetierung der ärztlich verordnungsfähigen Heilmittel. Die Wiederaufnahme der sozialkompensatorischen Untersuchungen in den Kindertagesstätten wird es ermöglichen, bei Entwicklungsrückständen wieder frühzeitiger Fördermaßnahmen einzuleiten.

Die Gesamtfallzahl für den Aufgabenbereich **Hygiene und Gesundheitsschutz** - ohne die Bereiche der Gesundheits- und Medizinalaufsicht, da diese überwiegend ordnungsrechtliche Aufgaben umfassen - war von Jahr zu Jahr größeren Schwankungen ausgesetzt, die in erster Linie durch die Fallzahlen der Tuberkulose entstanden sind. Den größten Raum in diesem Arbeitsgebiet nehmen die Hygiene-

Belehrungen sowie die Tätigkeits- und Beschäftigungsverbote für Personen ein, die Umgang mit Lebensmitteln haben (§§ 42 und 43 IfSG). Die Fallzahl ist in etwa gleich geblieben, sie liegt im Durchschnitt bei 3.135 Fällen pro Jahr.

Die Fallzahl der bearbeiteten **Infektionskrankheiten** (ohne TBC) hat sich ebenfalls nicht nennenswert verändert. Im Durchschnitt wurden im Betrachtungszeitraum pro Jahr 1.210 Fälle bearbeitet. Dabei sind die gemeldeten Infektionskrankheiten um 30 Prozent angestiegen, was insbesondere auf einen deutlichen Anstieg der infektiösen Durchfallerkrankungen aufgrund des Noro-Virus und der Rota-Viren zurückzuführen ist. Die Infektion durch Salmonellose hat im Zeitraum bis 2005 den größten Rückgang von allen Infektionskrankheiten zu verzeichnen.

Die **Tuberkulose**-Fallzahlen werden hier gesondert ausgewiesen, weil die TBC diejenige Erkrankung ist, bei der am häufigsten Kontaktpersonen der/des Erkrankten untersucht werden. Die TBC-Neufälle (inkl. neu nach Bielefeld gezogene Personen, deren TBC jedoch bereits an das RKI gemeldet war) schwanken von Jahr zu Jahr, so dass kein eindeutiger Trend zu erkennen ist. Dementsprechend schwankt auch die Fallzahl der untersuchten Kontaktpersonen, da das soziale Umfeld des bzw. der Erkrankten immer unterschiedliche viele Personen umfasst.

Die **AIDS**-Beratung weist gleichbleibend hohe Kontaktzahlen auf. Deutliche Steigerungen sind in der Präventionsarbeit zu erkennen und hier insbesondere bei den Jugendlichen. Die HIV-Positiv-Raten haben in den vergangenen Jahren bundesweit wieder zugenommen. Dies ist nicht zuletzt auf eine mangelndes Problembewusstsein und eine entsprechend geringe Prophylaxe bei Jugendlichen zurückzuführen.

Im Bereich der **Lebensmittelüberwachung** ist die Zahl der entnommenen Proben in etwa gleich geblieben. Nach einem kurzzeitigen Anstieg im Jahr 2004 ist auch die Zahl der beanstandeten Proben in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Die Zahl der Betriebskontrollen ist insgesamt geringfügig, vor allem aber bei den Plankontrollen, gesunken. Die Zahl der Nachkontrollen, d.h. derjenigen Kontrollen, die anstehen, wenn bei den Plankontrollen Missstände aufgedeckt worden sind, ist hingegen im Trend deutlich gestiegen. Die Zahlen der weiteren Betriebskontrollen schwanken im Betrachtungszeitraum von Jahr zu Jahr. Die Entwicklung der Verbraucherbeschwerden ist nach anfänglichem Rückgang recht konstant. Vor allem aktuelle Lebensmittelskandale können hierauf einen größeren Einfluss nehmen.

II.6.: Schlussfolgerungen und Ausblick

Vorbemerkungen:

1. Mit der prozentualen regionalen Verteilung wurde in diesem Bericht ein anderer Ansatz der Betrachtung gewählt als bisher üblich. Hiermit soll ausdrücklich keine qualitative Wertung verbunden werden. Der gewählte Ansatz hat die Schwäche, dass er überall dort, wo wir eine besonders geringe Besiedelung vorfinden, große prozentuale Abweichungen anzeigt. Daher sind an vielen Stellen entsprechende Hinweise eingeflossen bzw. Gesamtzahlen gegenüber gestellt worden. Für den größten Teil der statistischen Bezirke arbeitet der Ansatz aber den Grad der Belastung mit einer bestimmten Kennziffer plastisch und kompatibel heraus.
2. Der Bericht soll keine Zweitaufgabe des dezernatsbezogenen städtischen Haushaltsplanes sein. Deshalb bildet er die Aufgaben des Dezernates nicht komplett ab, sondern setzt inhaltliche und materielle Schwerpunkte. Verzichtet wird zugunsten der Lesbarkeit auch auf ausführliche gesetzliche Definitionen. Soweit nicht bekannt, sind sie jederzeit auf Wunsch durch die Fachverwaltung nachlieferbar.
3. In einigen Bereichen wurden Halbjahres- bzw. Jahresdurchschnittswerte gewählt, um statistische Sprünge zu nivellieren und nicht von Zufälligkeiten oder Saisoneffekten abhängig zu sein. Dadurch werden zum Teil erheblich höhere Veränderungen in die ein oder andere Richtung, wie sie bei der Anwendung von Stichtagsdaten auftreten, nicht abgebildet. Die interpretierenden Aussagen stehen damit auf einer vergleichsweise konservativen, aber seriöseren Basis.
4. Wenn einzelne statistische Bezirke im Rahmen des ein oder anderen Rankings vorne liegen, so ist das zunächst einmal eine statistische Erkenntnis. Das bedeutet nicht automatisch, dass es hier auch die größten Probleme gibt! Wie sich statistische Häufungen auf etwaige Problemlagen in einzelnen Bezirken auswirken, sollte in einem zweiten Schritt näher und möglichst mit den Akteuren vor Ort beleuchtet werden. Gemeinsam mit ihnen sollten dann - bei Bedarf - Hilfsangebote entwickelt werden.

Zur Entwicklung der sozialen Lage in Bielefeld

Aus der Sicht der Sozialverwaltung war insbesondere das Jahr 2005 maßgeblich geprägt durch die neue Sozialgesetzgebung. Der Umbau der Sozialsysteme hat auch innerhalb des Dezernates zu weitreichenden Veränderungen geführt. Das BSHG als Herzstück der kommunalen Leistungsverwaltung und Arbeit gibt es nicht mehr. Die neuen gesetzlichen Grundlagen haben einen erheblichen Qualifizierungs- und Fortbildungsbedarf unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit sich gebracht. 2004 und 2005 standen ganz im Zeichen von neuen Zuständigkeiten, Personalwechsel und teilweise nicht ganz einfachen Verhandlungen zwischen Verwaltung, Agentur für Arbeit und REGE mbH. Durch die Gründung der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft für den Bereich des SGB II hat die Stadt ein Stück Steuerung aus dem direkten Einflussbereich verloren.

Dieser Bericht soll kein klassischer Sozialbericht im Sinne einer Armutsberichterstattung sein. Dennoch unterstreichen die abgebildeten Zahlen, dass sich die soziale Lage in der Stadt seit Anfang 2005 verändert hat. Das bezieht sich ganz besonders auf den Bereich der materiellen Sicherung. Hier hat es praktisch bei allen Hilfearten steigende Bedarfe gegeben.

Im Mittelpunkt der materiellen Sicherung stehen Arbeitslosengeld I und II. Die Tatsache, dass die vom vorherigen Einkommen abhängige Versicherungsleistung heute nur noch ein Jahr nach Eintritt der Arbeitslosigkeit gezahlt wird und danach ein Regelsatz greift, ist sicherlich der Hauptgrund für zum Teil dramatische Veränderungen im Leben der Betroffenen und ihrer Familien. Hiervon ist teilweise auch die „klassische Mittelschicht“ betroffen, das zeigen die regionalen Zahlen sehr deutlich.

Zu drastischen Veränderungen beim Familieneinkommen führt auch die Tatsache, dass ein Jahr nach Eintritt der Arbeitslosigkeit in einer doppelverdienenden Bedarfsgemeinschaft überhaupt keine Zahlungen mehr für den Betroffenen erfolgen und der Partner den gemeinsamen Unterhalt sicherstellen muss.

Bis 2004 hat eine eintretende Arbeitslosigkeit die Betroffenen zwar auch zu Einschränkungen im täglichen Leben gezwungen, sie war jedoch nicht zwingend und unmittelbar mit einem Armutsrisiko verbunden. Das ist heute anders. Verstärkt wird dieser Umstand durch die Tatsache, dass die Lebenshaltungskosten kontinuierlich steigen, die Regelsätze gar nicht oder nur in sehr geringem Maße erhöht werden.

Systembedingt fallen immer mehr Menschen vom Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II. Das war auch 2006 so. Nachdenklich machen dabei insbesondere die sehr hohen Zuwächse im SGB II in einigen Stadtbezirken, wie z. B. in Bielefeld-Jöllenneck. Dies kann auf Dauer nicht ohne Auswirkungen auf die Wohn-, Lebens- und Konsumsituation in den betroffenen Bezirken bleiben.

Die Sozialverwaltung war 2004 und 2005 fast ausschließlich mit Umsetzungsfragen beschäftigt. Das war unumgänglich und richtig. Denn die Sicherung des materiellen Lebensunterhaltes der anspruchsberechtigten Menschen hat absoluten Vorrang. Nachdem sich viele organisatorische und technische Dinge inzwischen eingespielt haben, scheint es nun an der Zeit, den Blick mehr auf die Folgen der Veränderungen zu lenken. Das heißt konkret: Die Sozialverwaltung muss Konzepte entwickeln, mit deren Hilfe mögliche negative Auswirkungen der neuen bundesgesetzlichen Regelungen vor Ort abgefedert werden können. Gleichzeitig muss es das Ziel sein, noch mehr als bisher präventiv tätig zu werden, denn gerade unter finanziellen Aspekten ist die Vorsorge auf Dauer immer günstiger als die „Nachsorge“.

Zentrale Themen werden dabei u. a. die folgenden Fragen sein:

- Wie reagieren wir auf die stark zunehmende Zahl von Kindern in den sozialen Sicherungssystemen unserer Stadt?
- Wie reagieren wir auf die drohende „Verarmung“ von Quartieren, die bislang immer von der „klassischen Mittelschicht“ bewohnt waren?
- Mit Hilfe welcher Methoden können wir ermitteln, ob die starke prozentuale Belastung mit ausgewählten Problemlagen in einigen statistischen Bezirken die Schaffung neuer bzw. die Verlagerung bestehender Hilfsangebote erfordert?

- Was können wir als Kommune tun, um dem Geburtenrückgang in unserer Stadt entgegenzutreten, welche Rahmenbedingungen in Sachen Familienfreundlichkeit sind von uns beeinflussbar und wie gehen wir mit den Kürzungen auf der Landesebene um?
- Wie reagieren wir in den einzelnen Arbeitsfeldern auf die steigende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund?

Leben in der sozialen Sicherung

Die Zahl der Menschen in Bielefeld, die gänzlich auf soziale Sicherungsleistungen in Form eines Regelsatzes angewiesen sind, ist seit 2005 sehr stark gestiegen. Hinzu kommt der Personenkreis, der ergänzend Sozialleistungen erhält, weil das eigene Erwerbseinkommen allein nicht zum Bestreiten des Lebensunterhalts ausreicht.

Unter quantitativen Gesichtspunkten steht die materielle Existenzsicherung in Bielefeld auf zwei zentralen Säulen: Leistungen nach dem Sozial-Gesetzbuch II und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem neuen SGB XII spielt von den Fallzahlen her kaum noch eine Rolle.

Das Arbeitslosengeld II ist seit 2005 die zentrale Hilfeart in Deutschland und damit auch in Bielefeld. Systembedingt stieg die Fallzahl in unserer Stadt 2006 um 5,1 Prozentpunkte. Schon jetzt steuert die Verteilung von SGB III- zu SGB II-Fällen auf ein Verhältnis von ein Viertel zu drei Vierteln zu. Damit einher geht natürlich auch eine Verschiebung der Arbeitsbelastung von der Bundesagentur für Arbeit zur *Arbeitplus* in Bielefeld GmbH.

Drei Ergebnisse der Analyse von Arbeitslosigkeit in Bielefeld fallen besonders ins Auge:

- Die hohe Zahl von Arbeitssuchenden und Menschen in unsicheren Erwerbsslagen, die in der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht zu finden sind.
- Die steigende Zahl von Personen in den Bedarfsgemeinschaften und hier insbesondere die Zahl der Kinder.
- Die Veränderungen in der regionalen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, die nach und nach Gebiete innerhalb der Stadt erreicht, die bislang nicht im Fokus der Sozialverwaltung standen.

Die Zahl der „Arbeitssuchenden“ lag im Dezember 2006 um 13.184 Personen oder mehr als 40 Prozent über der Zahl der „Arbeitslosen“. Rechnet man beide Gruppen zusammen, kommt man auf eine Gesamtzahl von 57.940 Menschen, die Arbeit suchen. Rund 3.500 Personen befanden sich im Dezember 2006 in Qualifizierungs- oder beschäftigungsschaffenden bzw. beschäftigungsbegleitenden Maßnahmen. Unter dem Strich bedeutet dies, dass mehr als 60.000 Menschen in unserer Stadt unmittelbar in Arbeitslosigkeit oder aber in unsicheren Erwerbsslagen leben. Demgegenüber stand 2006 eine Gesamtzahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die saisonal bedingt zwischen 123.500 und 126.300 schwankte. Dieser Vergleich belegt die Dimension des Problems Arbeitslosigkeit bzw. unsichere Erwerbsslage in Bielefeld eindrucksvoll. Er unterstreicht die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten einer aktiven Ar-

beitsmarktpolitik für die unterschiedlichen Gruppen auszunutzen und neue Angebote zu entwickeln. Im Mittelpunkt aller dieser Bemühungen muss die Schaffung von dauerhaften sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen stehen.

Trotz offiziell stark sinkender Arbeitslosenzahlen ist die Summe der Menschen in den Bedarfsgemeinschaften 2006 um 870 gestiegen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres (2007) sind schon wieder weitere 644 Menschen hinzugekommen. Auch dies ist zu einem großen Teil systembedingt (siehe gegenseitige Unterhaltspflicht) und wird sich daher als Trend auch zukünftig weiter fortsetzen. Aber auch die Zahl der Kinder unter 15 Jahren in diesen Bedarfsgemeinschaften ist zwischen Januar und März 2007 um weitere 113 gestiegen. Jedes vierte Kind dieser Altersgruppe in unserer Stadt lebt mittlerweile von Transferleistungen. Die Eltern haben z. B. zunehmend Probleme ihren Kindern die Teilnahme an Schulveranstaltungen zu finanzieren, wie die steigende Zahl von Zuschüssen für mehrtägige Klassenfahrten exemplarisch belegt. Auch im Bereich der Ausbildung gibt es diese Probleme: Die Fallzahlen bei der Ausbildungsförderung steigen kontinuierlich, weil immer mehr Erziehungsberechtigte mit ihrem Einkommen unterhalb der Bemessungsgrenzen liegen. Gleichzeitig steigen die Kosten für eine Hochschulausbildung durch die Einführung der Studiengebühren und die Erhöhung der Semesterbeiträge. Die Darlehensform der Ausbildungsförderung sorgt für eine enorme finanzielle Hypothek beim Start in das Berufsleben - wenn der Arbeitsmarkt den Absolventen denn die Möglichkeit hierzu gibt.

Für die Menschen, die unmittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, gibt es zahlreiche Angebote, neue werden in Zukunft hinzu kommen müssen. Aber was ist mit denjenigen, die in den Bedarfsgemeinschaften indirekt betroffen sind? Sollten für sie eigene, städtische Angebote geschaffen werden? Wie könnten diese Angebote aussehen, insbesondere bei den Kindern? Diese Fragen müssen sicherlich vertiefend diskutiert werden.

Der Faktor Arbeitslosigkeit hat auch Auswirkungen auf einzelne Stadtteile oder Wohnbereiche in Bielefeld. Die Einzelanalyse für die Stadtbezirke findet sich unter Punkt II.1 dieses Berichtes. Gesamtstädtisch betrachtet erhöht sich die Zahl der ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger in den einzelnen Bezirken unterschiedlich schnell. Dabei weist sogar der von der Arbeitslosigkeit bei den absoluten Zahlen am stärksten betroffene Stadtbezirk Bielefeld-Mitte auch 2006 noch eine Steigerungsrate von 4,5 Prozent auf. Hier ist - genau wie in Bielefeld-Gadderbaum - bei der Aufspaltung von ALG I und II das Verhältnis von einem Viertel zu drei Vierteln bereits unterschritten. Dies kann nicht ohne Auswirkungen auf die Kaufkraft und den Lebensstandard bleiben. Bielefeld-Mitte nivelliert dieses Problem wohlmöglich noch mit seiner Größe. Bielefeld-Gadderbaum hat in absoluten Zahlen zwar die wenigsten Arbeitslosen, ist aber auch der kleinste Stadtbezirk. Hochgerechnet auf die Bevölkerung kann man sicherlich von einer hohen Belastung sprechen, wenn durchschnittlich mehr als drei von vier Arbeitslosen Langzeitfälle sind.

Bei den Steigerungsraten des ALG II liegt Bielefeld-Jöllenbeck 2006 mit einem Plus von 8,3 Prozent an der Spitze und nähert sich damit mit großen Schritten dem städtischen Mittelwert. Hier sind viele Hilfsangebote konzentriert auf den Bereich Oberlohmannshof. Die Analyse des Stadtbezirks zeigt unter dem Aspekt der Arbeitslosigkeit aber durchaus auch Veränderungen etwa in Vilsendorf oder Theesen, die näher untersucht werden sollten.

In Bielefeld-Sennestadt, -Heepen und -Stieghorst sind die Bedarfsgemeinschaften, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, am größten. D. h., hier liegen auch die Schwerpunkte der Betroffenheit von Kindern durch Arbeitslosigkeit. Möglicherweise wäre eine Etablierung weiterer kostengünstiger (oder kostenloser) und wohnortnaher Freizeitangebote hier perspektivisch empfehlenswert.

Die höchsten Arbeitslosenzahlen weisen die statistischen Bezirke „Heeper Fichten“ und „Hammer Mühle“ auf. Sie liegen insbesondere beim ALG II deutlich etwa vor „Baumheide“ oder „Sieker“. Diese beiden Bezirke tauchen auch bei anderen Hilfearten weit vorne auf. Hier könnten sich beispielsweise Stadtteilkonferenzen mit der Frage beschäftigen, ob und wenn ja, welche Hilfsangebote hier benötigt werden.

Während die offiziellen Arbeitslosenzahlen 2006 praktisch in allen statistischen Bezirken zurückgegangen sind, steigen sie beim ALG II gegen den Trend in „Sennestadt (statistischer Bezirk)“, „Kammerich“, „Sudbrack“ und „Gellershagen“. Diese Entwicklung sollte 2007 aufmerksam weiter beobachtet werden. Dasselbe gilt für die statistischen Bezirke, in denen Ende 2006 ein besonders hoher Anteil von ALG I-Empfängerinnen und -Empfängern vorzufinden war. Dazu zählen neben Theesen auch Teile Dornbergs und Sennes. Hier droht im Verlaufe des Jahres 2007 ein vermehrtes Abrutschen in das ALG II.

Bei den laufenden Hilfen aus städtischer Hand steht die Grundsicherung quantitativ im Mittelpunkt. Auf die Grundsicherung im Alter wird unter der Überschrift: „Seniorinnen und Senioren“, noch näher eingegangen. Deutliche Steigerungsraten finden sich bei der Grundsicherung wegen Erwerbsunfähigkeit. Sie lagen zwischen 2004 und 2006 bei fast 50 Prozent. Auch dies ist sicher ein Effekt der Reformen am Arbeitsmarkt. Die Arbeitsfähigkeit wird stärker überprüft, die betroffenen Menschen scheiden aus den Systemen der Bundesagentur für Arbeit bzw. der Arbeit*plus* GmbH aus. Eine individuelle finanzielle Absicherung gegen Erwerbsunfähigkeit ist entweder gar nicht oder nicht ausreichend vorhanden. Auch hier liegt der Schwerpunkt der Fälle im statistischen Bezirk „Heeper Fichten“, was den oben angesprochenen Vorschlag einer näheren Betrachtung dieses Quartiers stützt.

Individuelle Problemlagen

Wie gesehen steigen die Fallzahlen bei der laufenden, monatlichen Sicherung des materiellen Existenzminimums in praktisch allen hierfür vorgesehenen Hilfearten. Zumindest aber haben sie sich auf einem hohen Niveau eingependelt. Das führt bei nahezu zwangsläufig auch zu Steigerungen bei den materiellen Hilfen in individuellen Problemlagen: Pflegebedürftigkeit, Eingliederungshilfe für Behinderte, Hilfen zur Gesundheit. Bei allen Betroffenen ist ein erhöhter finanzieller Aufwand erforderlich, der eine staatliche Unterstützung nötig macht. Auch bei der Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Erziehungsberechtigter muss die öffentliche Hand immer häufiger eingreifen.

Die materiellen Schwierigkeiten können auch zum Ansteigen individueller, gesundheitlicher Problemlagen führen bzw. beitragen. Die Fallzahlen des sozialpsychiatrischen Dienstes sind im letzten Jahr um 11 Prozent gestiegen, im Vergleich zu 2003 liegt das Plus sogar bei 17,7 Prozent. Ebenfalls wieder angestiegen ist die Zahl der Unterbringung nach dem PsychKG (plus 11 Prozent). Der Krisendienst weist 2005

und 2006 konstant steigende Kontaktzahlen auf (plus 16 Prozent). Die Zahl der rechtlichen Betreuungen nimmt zu.

Es wäre sicherlich zu weit gegriffen, die Steigerungen bei den individuellen Problemlagen allein auf die wachsenden finanziellen Schwierigkeiten der Bürger zurückzuführen. Einen Zusammenhang mit den anhaltenden materiellen Existenzängsten leugnet allerdings keiner der Fachleute: Ständige Geldsorgen können auf Dauer krank machen.

Migrationshintergrund

Die Koordination der städtischen Migrationsarbeit liegt in Händen des Interkulturellen Büros im Dezernat des Oberbürgermeisters. Dennoch beeinflusst dieser Faktor die einzelnen Arbeitsfelder des Sozialdezernates wesentlich. Das beginnt bereits im Elementarbereich. Hier ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unvermindert hoch, auch wenn die Statistik nach der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts etwas anderes aussagt. In den Stadtbezirken mit einem hohen Migrantenanteil unterscheiden wir im Wesentlichen zwei Formen von Tageseinrichtungen für Kinder: Solche, die ganz oder überwiegend Kinder mit demselben Migrationshintergrund (z. B. in Bielefeld-Brackwede) haben und die sogenannten „Multi-Kulti-Einrichtungen“ (z. B. in Bielefeld-Mitte). Zunehmend öffnen auch konfessionelle Träger ihre Einrichtungen für Kinder mit Migrationshintergrund.

Ganz im Sinne der Arbeit eines vorbeugenden Sozialstaates hat Bielefeld mit seinem Projekt zur vorschulischen Sprachförderung bundesweit Schule gemacht, lange bevor „Delfin4“ die Schlagzeilen erobert und die Eltern verunsichert hat. 2006 wurden 213 Kurse mit über 2.000 Kindern in 135 Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Die 140 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Lehrkräfte erteilen aber nicht nur Sprachunterricht für die Kinder, sie arbeiten pro Woche auch regelmäßig eine Stunde mit den Eltern. 800.000 Euro investieren Land, Stadt und Sparkasse jedes Jahr in dieses Projekt, um die Bildungschancen - und damit auch die Lebenschancen - dieser Kinder zu erhöhen.

Das Einwohnermeldewesen lässt es zu, die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund ein wenig weiter zu differenzieren. Der Anteil der Nicht-Deutschen ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen und das fast ausschließlich bei den männlichen Ausländern. Etwa in demselben Maße ist die Gruppe der Menschen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft angestiegen. Insgesamt betrug der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund (nach der Definition dieses Berichtes) Ende 2006 21,9 Prozent an der Bielefelder Gesamtbevölkerung. Nimmt man nun diejenigen hinzu, die zwar einen Migrationshintergrund haben, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht statistisch erfasst werden können, so kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen: Annähernd jede(-r) dritte Bielefelder(-in) hat einen Migrationshintergrund.

Etwa ein Viertel aller Bielefelder Arbeitslosen ist nicht-deutsch, im SGB II beträgt ihr Anteil 28,8 Prozent. Im Vergleich zum Anteil an der Wohnbevölkerung sind Ausländerinnen und Ausländer damit verhältnismäßig stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Die meisten Nicht-Deutschen wohnen im statistischen Bezirk „Kammerich“ und den angrenzenden Brackweder Wohngebieten. Die Stadt hat unter anderem hierauf 2006 mit der Einrichtung einer Stadtteilkonferenz reagiert. Auch der Bereich um die „Pau-

luskirche“ hat hohe absolute Zahlen. Hochgerechnet auf die Wohnbevölkerung weisen die statistischen Bezirke „Fuhrpark“ und „Güterbahnhof-Ost“ die höchste Dichte an nicht-deutschen Menschen auf.

Ganz anders ist das Bild bei den Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft. Hier liegen die Schwerpunkte bei den absoluten Zahlen und auch beim Anteil an der gesamten Wohnbevölkerung eindeutig in „Baumheide“ und „Sieker“. Beide Gebiete sind als Aussiedlerschwerpunkte bekannt. Scheinbar behalten hier heute mehr Menschen die Staatsbürgerschaft des Auswanderungslandes als dies noch bei den ersten Aussiedlerinnen und Aussiedlern in den achtziger Jahren der Fall war.

Bedingt durch die hohen Werte bei der doppelten Staatsbürgerschaft liegen Baumheide und Sieker auch im Ranking der statistischen Bezirke bei den Personen mit Migrationshintergrund (nach der Definition dieses Berichtes) vorn. In Baumheide findet sich beinahe traditionell eine sehr gute soziale Infrastruktur. Sieker ist in den kommenden Jahren Teil des Landesprojektes „Soziale Stadt“ und wird hiervon sicher profitieren. Viele Menschen mit Migrationshintergrund wohnen im sogenannten „Ostmanturm-Viertel“ und seinen angrenzenden Wohngebieten. Dieser Bereich wird zur Zeit vom Sozialdezernat näher untersucht. Bei den absoluten Zahlen fällt auch der Bezirk „Südstadt“ in Bielefeld-Sennestadt ins Auge.

Neben der regionalen Einzelanalyse zeigen die Zahlen für praktisch ganz Bielefeld ein einheitliches Ergebnis: Überall dort, wo der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund sowieso schon hoch ist, wächst er weiter. Was für die Gesamtgruppe gilt, gilt auch für die Binnendifferenzierung: Wo viele Nicht-Deutsche sind, kommen neue hinzu, wo viele Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft sind, gilt das Gleiche. Die Entwicklung in den betroffenen statistischen Bezirken erfolgt nach dem „Schneeball-Prinzip“. Eine - vor allem im Sinne einer gelungenen Integration - wünschenswerte Durchmischung mit der deutschen Wohnbevölkerung findet nicht statt und ist wohl auch von außen nur sehr begrenzt steuerbar.

Lebensphasen

Nur noch jeder fünfte Bielefelder Haushalt hat Kinder! Allein diese Zahl macht deutlich, dass der Zukunftsschwerpunkt des Sozialdezernates: „Familienfreundliches Bielefeld“, richtig gewählt ist. Der Trend zur Kinderlosigkeit ist zum großen Teil auf Rahmenbedingungen zurückzuführen, die lokal kaum zu beeinflussen sind. Hierzu zählen insbesondere die allgemeine wirtschaftliche Lage, unsichere Erwerbssituationen, usw.. Umso wichtiger ist es, dass nicht auch noch kommunale Gegebenheiten den Wunsch nach Kindern bremsen¹. Das Sozialdezernat hat hierzu 2006 ein umfangreiches Handlungsprogramm vorgelegt.

Ein wesentlicher Baustein hierbei ist der Elementarbereich. Die Versorgung mit Kindergartenplätzen ist bis auf wenige regionale Ausnahmen gut. Der Bereich der Betreuung von Unter-Dreijährigen ist 2006 bereits deutlich erweitert worden. Dabei kam der Stadt zu Gute, dass das Tagesbetreuungs-Ausbau-Gesetz (TAG) die Betreuung dieser Altersgruppe in der Tagespflege mit der in der Tageseinrichtung für Kinder weitgehend gleichgestellt hat. Dadurch hat sich die Versorgungsquote deut-

¹ vgl. hierzu auch: „Demographische Entwicklung als Chance?“, Konzept für die Stadt Bielefeld, Dez. Oberbürgermeister, 2005

lich verbessert. Dennoch bleibt der Ausbau der Betreuung für die Unter-Dreijährigen sicher auch in den nächsten Jahren ein Handlungsschwerpunkt im Elementarbereich. Nur so können Familie und Beruf nach der Geburt so schnell wie möglich wieder miteinander vereinbart werden, die materiellen Ängste werden geschmälert.

Im Elementarbereich fallen deutliche Steigerungen bei der Frühförderung und bei der Fallzahl der 3-6-Jährigen im kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst auf. Erstmals haben die Kindertageseinrichtungen 2005 eine erhebliche Zahl an muttersprachlich deutschen Kindern mit Sprachförderbedarf gemeldet. Zum Teil schaffen sicherlich verbesserte Angebote auch eine größere Nachfrage. Dennoch sollte es zu denken geben, wenn der staatliche Unterstützungsbedarf bereits im Elementarbereich so stark zunimmt, wo traditionell die Familie in der Vergangenheit Vieles aufgefangen hat.

Bielefeld ist im Rahmen des Landes-Projektes „Familienzentren“ mit drei Standorten bedacht worden. Nach dem Willen des Rates sind im Oktober 2006 elf weitere Einrichtungen als kommunale Familienzentren hinzu gekommen. Damit verfügt jeder Stadtbezirk über mindestens ein solches Angebot. Die Richtung dieses Weges entspricht auch den Erkenntnissen dieses Berichtes: Die Hilfsangebote werden kleinräumiger, sie gehen hinein in das unmittelbare Wohn- und Lebensumfeld der Menschen. Die Wege zur sozialen Beratung und Betreuung sollen und müssen kürzer werden.

Das gute Betreuungsangebot für Kinder findet in der Grundschule seine Fortsetzung: Seit 2006 bieten alle Bielefelder Grundschulen ein offenes Ganztagsangebot. Auch viele weiterführende Schulen bieten eine Ganztagsbetreuung an, seit dem Sommer 2006 sind drei Hauptschulen zu sogenannten „gebundenen Hauptschulen“ weiter entwickelt worden.

Die gute Versorgung mit Ganztagsangeboten sollte weiter ausgebaut werden. Denn sie bietet nicht nur den Eltern die oben beschriebenen Möglichkeiten der Verbindung von Familie und Beruf. Tageseinrichtung für Kinder und Schule bekommen einen deutlich höheren Anteil an der Erziehung der Kinder. Dieser erhöhte Einfluss sollte auch gerade dazu genutzt werden, die Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch deutsche Kinder aus sogenannten anregungsarmen Elternhäusern, gezielt zu fördern. Dabei wäre es auch ein Akt der Familienfreundlichkeit, wenn die Beitragsregelungen in der Tagespflege, der Kindertageseinrichtung und der Schule vereinheitlicht würden.

Bei den Tageseinrichtungen für Kinder sind 2006 erste kommunale Entscheidungen gefallen, die die Kürzungen auf Landesebene zumindest erst einmal aufgefangen haben. Eine Erhöhung der Elternbeiträge konnte verhindert werden, weil die Kommune die weggefallenen Landeszuschüsse in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro pro Jahr übernommen hat. 2008 wird sich die Frage nach den Elternbeiträgen aber erneut stellen. Nicht gesetzeswirksam wird die zunächst angedachte Erhöhung der Trägeranteile bei den Elterninitiativen. Welche Auswirkungen die Umstellung auf die sogenannte „kindbezogene Gruppenförderung“ haben wird, bleibt dagegen abzuwarten.

Zur vorschulischen Sprachförderung ist ja bereits unter dem Stichwort „Migrationshintergrund“, einiges gesagt worden. Mittel- und langfristig müsste die reine Sprachförde-

rung zu einer kontinuierlichen „Bildungsförderung“ ausgebaut werden. Hierzu ist eine bessere Verzahnung zwischen Elementarbereich, Schule, RAA und Jugendhilfe notwendig. Die einzelnen Angebote müssen im Sinne eines Stufenkonzeptes aufeinander abgestimmt werden. Ein entsprechendes Konzept für den Primarbereich wird seit dem letzten Jahr erarbeitet.

Da der finanzielle Spielraum der öffentlichen Haushalte eher weiter abnehmen wird, sollte geprüft werden, inwiefern Ehrenamtliche Teile der Arbeit übernehmen könnten, nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung und unter Anleitung der ErzieherInnen und Pädagogen. Andere Städte haben hierbei etwa mit „Patenkonzepten“ gute Erfahrungen gemacht.

Neben der Bildungsförderung wird auch die Präventionsarbeit bei der Unterstützung und Anleitung von Eltern im Umgang mit ihren Kindern immer wichtiger. Hier hat das Modellprojekt des Bielefelder sozialen Frühwarnsystems bundesweit für Aufsehen gesorgt. Während der Projektlaufzeit ist es gelungen gemeinsam mit dem Deutschen Kinderschutzbund Ortsverband Bielefeld e.V. einen festen Kreis von ehrenamtlichen Paten und Patinnen zur Unterstützung von Familien zu gewinnen. Weitere Präventionsangebote stellen die „Bielefelder Elternschule“ sowie der Einsatz von Familienhebammen dar. Diese und weitere Ansätze gilt es auszubauen und zu einem Gesamtkonzept zusammenzuführen.

Eine gute Präventionsarbeit wird auch ganz entscheidenden Einfluss haben auf die weitere Entwicklung der Hilfen zur Erziehung. An den Zahlen lässt sich das Umsteuern von stationären zu ambulanten Hilfen deutlich ablesen. 2005 wurde der jahrelange Anstieg der Kosten in der wirtschaftlichen Jugendhilfe nicht nur gestoppt, es gab erstmals sogar wieder einen Rückgang der Ausgaben. Dennoch zeigen die konstant steigenden Fallzahlen, dass die Hilfebedarfe in diesem Bereich eher zunehmen. Nachhaltige Entspannung könnten daher nur präventive Maßnahmen bringen.

Die Zahl der Jugendlichen wird in den kommenden drei Jahren noch weiter steigen. Die Einführung von Studiengebühren und die Erhöhung der Semesterbeiträge wird sehr wahrscheinlich einige Abiturienten in Zukunft vom Studium abhalten. Dies wird auf dem Ausbildungsmarkt einen neuerlichen Verdrängungsprozess von oben nach unten auslösen und die Situation zusätzlich verschärfen.

Die sogenannten „Patchwork-Familien“ und die Alleinerziehenden-Haushalte sind in Bielefeld inzwischen zur Normalität geworden. Ihre Zahl ist längst größer als die der klassischen Großfamilie mit drei und mehr Kindern.

Bei den Seniorinnen und Senioren wurde ja bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass auch hier die materiellen Probleme zunehmen. Die Rentenanpassungen sind in den letzten Jahren ausgeblieben, die Lebenshaltungskosten in derselben Zeit aber drastisch gestiegen. Die Konsequenz: Immer mehr Menschen über 65 benötigen dauerhafte staatliche Hilfe in Form der Grundsicherung.

2005 hat das Sozialdezernat einen umfangreichen Fachbeitrag mit dem Titel: „Grundlagen kommunaler Seniorenarbeit“, vorgelegt. Auch hierin wird das Primat der Kleinräumigkeit angemahnt, die Unterschiedlichkeit der Stadtbezirke erfordert eine differenzierte Planung. Insgesamt geht der Trend zu alternativen Lebensformen im

Alter. Eine Mischung aus Selbstständigkeit und subjektivem Sicherheitsgefühl nach dem Motto: So viel Eigenständigkeit wie möglich, so viel Hilfe wie nötig!

Hierzu wurden in diesem Jahr (2007) Bielefelderinnen und Bielefelder zwischen 50 und 80 Jahren vom Meinungsforschungsinstitut TNS EMNID befragt. Dabei geht es um die Themen: Wohnen, Freizeit, Soziale Kontakte und freiwilliges Engagement. Ebenfalls verabschiedet wurde ein neues Konzept für die offene Altenhilfe, das in den Jahren 2007 bis 2010 umgesetzt werden soll. Dabei wird es sicher zu Veränderungen in der Angebotslandschaft kommen. Ziel aller Aktivitäten ist das Gesamtkonzept für ein seniorenfreundliches Bielefeld. Durch die geburtenschwachen Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge, die ab 2008 die Altersgrenze erreichen werden, besteht die Möglichkeit, dieses Konzept behutsam und ohne den Druck steigender Zahlen umsetzen zu können.

Ausblick

Das zentrale Problem der Stadt ist und bleibt die Arbeitslosigkeit. Die Kommune muss sich bewusst sein, dass sie Rahmenbedingungen nur in einem sehr begrenzten Rahmen verändern kann. Sie kann weder die notwendigen Arbeitsplätze noch die Ausbildungsplätze schaffen. Sie kann aber durch gezielte, anhaltende Förderung dazu beitragen, dass mehr Menschen auf diesem enger werdenden Markt eine echte Partizipationsmöglichkeit erhalten, wenn sie ihre Chance dazu bekommen.

Arbeitslosigkeit ist auch das zentrale Armutsrisiko für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Kommune sollte sich bemühen, die sozialen Folgen insbesondere auch für die mittelbar Betroffenen abzufedern. Dabei sollten in unserer Stadt die Kinder konzeptionell in den Mittelpunkt gestellt werden. Antworten wird man auch auf die zunehmend schwindende Kaufkraft in einigen Stadtteilen finden müssen.

Die Auswertung der Daten legt in jedem Fall eine kleinräumige Analyse nahe, die Ebene der Stadtbezirke ist zu groß. Bei einer möglichen Überprüfung bestehender Angebote sollten daher auch nicht unbedingt die Stadtbezirksgrenzen im Vordergrund stehen, sondern die Erreichbarkeit der Angebote für die Menschen einzelner Wohngebiete.

Stadtteilkonferenzen werden empfohlen für die statistischen Bezirke „Heeper Fichten“, „Hammer Mühle“, „Vilsendorf“, „Theesen“, „Sennestadt (statistischer Bezirk)“ sowie „Sennestadt Süd“. Hierbei sollte mit den Akteuren vor Ort festgestellt werden ob, und wenn ja, welcher Hilfebedarf lokal besteht. Dabei ist jede Form der Stigmatisierung zu vermeiden.

Im Sinne eines vorsorgenden Sozialstaates sollten präventive Angebote auf allen Ebenen so früh wie möglich einsetzen, ihre Zahl muss weiter erhöht werden. Nur so können Bildungs- und Ausbildungschancen erhöht und spätere, teure „Reparaturmaßnahmen“ nachhaltig verhindert werden. Dasselbe gilt für etwaige negative Entwicklungen in den Bezirken.

Teil III: Ausgewählte Sozialdaten und Statistiken

III.1: Basisdaten für die Gesamtstadt und auffällige Abweichungen in einzelnen statistischen Bezirken

III.1.1.: Ausgewählte Basisdaten für die Gesamtstadt

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
Einwohner/-innen mit Hauptwohnsitz insgesamt	325.896	329.692	329.679	328.673	328.086
davon männlich	155.441 (47,7%)	157.266 (47,7%)	157.296 (47,7%)	156.826 (47,7%)	156.752 (47,8%)
davon weiblich	170.455 (52,3%)	172.426 (52,3%)	172.383 (52,3%)	171.847 (52,3%)	171.334 (52,2%)
<u>Altersstruktur:</u>					
0 bis unter 3 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	9.456 (2,9%)	9.224 (2,8%)	9.129 (2,8%)	9.077 (2,8%)	8.952 (2,7%)
3 bis unter 6 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	9.944 (3,1%)	9.752 (3,0%)	9.558 (2,9%)	9.360 (2,8%)	9.120 (2,8%)
6 bis unter 11 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	19.431 (6,0%)	19.516 (5,9%)	19.508 (5,9%)	19.336 (5,9%)	19.243 (5,9%)
11 bis unter 15 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	10.353 (3,2%)	10.304 (3,1%)	10.257 (3,1%)	10.039 (3,1%)	9.790 (3,0%)
15 bis unter 18 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	9.911 (3,0%)	10.257 (3,1%)	10.327 (3,1%)	10.485 (3,2%)	10.370 (3,2%)
18 bis unter 25 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	27.309 (8,4%)	29.443 (8,9%)	29.823 (9,0%)	29.861 (9,1%)	29.908 (9,1%)
25 bis unter 50 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	119.618 (36,7%)	121.149 (36,7%)	120.584 (36,6%)	119.623 (36,4%)	119.188 (36,3%)

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
50 bis unter 65 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	57.271 (17,6%)	56.359 (17,1%)	55.407 (16,8%)	54.715 (16,6%)	54.401 (16,6%)
65 bis unter 80 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	46.750 (14,3%)	47.640 (14,4%)	48.743 (14,8%)	49.302 (15,0%)	49.823 (15,2%)
80 Jahre und älter gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	15.853 (4,9%)	16.048 (4,9%)	16.343 (5,0%)	16.875 (5,1%)	17.291 (5,3%)
<hr/>					
Nichtdeutsche Einwohner/-innen insgesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	39.477 (12,1%)	39.458 (12,0%)	39.018 (11,8%)	38.240 (11,6%)	37.854 (11,5%)
➤ davon männlich (Anteil an männl. Gesamtbevölkerung in %)	20.217 (13,0%)	20.044 (12,7%)	19.671 (12,5%)	19.136 (12,2%)	18.845 (12,9%)
➤ davon weiblich (Anteil an weibl. Gesamtbevölkerung in %)	19.260 (11,3%)	19.414 (11,3%)	19.347 (11,2%)	19.104 (11,1%)	19.009 (11,1%)
➤ davon aus Ländern der EU (25) (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	9.608 (2,9%)	9.537 (2,9%)	9.195 (2,8%)	8.945 (2,7%)	8.977 (2,7%)
➤ davon aus Ländern außerhalb der EU	29.869	29.921	29.823	29.295	28.877
<hr/>					

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit (doppelte Staatsangehörigkeit) insgesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	nicht erfasst	30.235 (9,2%)	31.429 (9,5%)	32.793 (10,0%)	33.946 (10,4%)
➤ davon männlich (Anteil an männl. Gesamtbevölkerung in %)	nicht erfasst	15.109 (9,6%)	15.731 (10,0%)	16.426 (10,5%)	17.026 (10,9%)
➤ davon weiblich (Anteil an weibl. Gesamtbevölkerung in %)	nicht erfasst	15.126 (8,8%)	15.698 (9,1%)	16.367 (9,5%)	16.920 (9,9%)
Menschen mit Migrationshintergrund (hier definiert als: Nicht-Deutsche und Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit) (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	nicht erfasst	69.693 (21,1 %)	70.447 (21,4%)	71.033 (21,6%)	71.800 (21,9%)
➤ davon männlich (Anteil an männl. Gesamtbevölkerung in %)	nicht erfasst	35.153 (22,4%)	35.402 (22,5%)	35.562 (22,7%)	35.871 (22,9%)
➤ davon weiblich (Anteil an weibl. Gesamtbevölkerung in %)	nicht erfasst	34.540 (20,0%)	35.045 (20,3%)	35.471 (20,6%)	35.929 (21,0%)
Haushalte insgesamt ¹	nicht erfasst	nicht erfasst	163.879	166.966 <i>Fehler bei der Erfassung!</i>	164.203 (Stichtag: 31.07.06)
davon Ein-Personenhaushalte	nicht erfasst	nicht erfasst	73.579	nicht erfasst	74.667 (Stichtag: 31.07.06)

¹ Wegen einer technischen Umstellung im Einwohnermeldewesen liegen bei den Haushalten z.Zt. keine validen Vergleichsdaten für den Stichtag 31.12.2006 vor. Es wird daher auf die letzten Daten vor der Umstellung zurückgegriffen, Stichtag: 31.07.2006.

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
davon Haushalte mit Kindern	nicht erfasst	nicht erfasst	32.120	31.916	31.819 (Stichtag: 31.07.06)
➤ Haushalte mit einem Kind	nicht erfasst	nicht erfasst	11.786	11.495	11.449 (Stichtag: 31.07.06)
➤ Haushalte mit zwei Kindern	nicht erfasst	nicht erfasst	10.138	10.106	10.130 (Stichtag: 31.07.06)
➤ Haushalte mit drei und mehr Kindern	nicht erfasst	nicht erfasst	4.098	4.012	3.968 (Stichtag: 31.07.06)
➤ Alleinerziehende Haushalte mit einem Kind	nicht erfasst	nicht erfasst	4.174	4.227	4.285 (Stichtag: 31.7.06)
➤ Alleinerziehende Haushalte mit zwei und mehr Kindern	nicht erfasst	nicht erfasst	1.924	2.076	1.987 (Stichtag: 31.7.06)

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
Arbeitslose	20.851	21.091	24.640 ²	21.726	19.366
davon BezieherInnen von Arbeitslosengeld I (Bedarfsgemeinschaften) ¹	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	7.116	5.368
davon BezieherInnen von Arbeitslosengeld II (Bedarfsgemeinschaften) ¹	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	14.610	13.998
BezieherInnen von Arbeitslosengeld II (Personen in Bedarfsgemeinschaften) ¹	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	36.418	37.288
➤ davon unter 25 Jahren	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	15.931	16.196
➤ davon unter 15 Jahren	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	10.344	10.706

¹Neue Leistung ab dem 01.01.2005

² Im Zuge der Bearbeitung der neuen „Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes“ wurden 2.574 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger in die Vermittlungsdatei übernommen.

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
Arbeitslosenquote gesamt (in Prozent bezogen auf die abhängig Erwerbstätigen)	13,9 %	14,0 %	16,5 %	14,6 %	13,0 %
Arbeitslosigkeits-Betroffenheitsquote (Anteil der Arbeitslosen in Prozent von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahren)	10,2 %	10,2 %	11,9 %	10,9 %	9,5 %

III.1.2.: Untersuchungszeitraum 2006: Hohe prozentuale Abweichungen einzelner statistischer Bezirke vom Durchschnittswert der Gesamtstadt (10 Prozentpunkte und mehr)

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
0 bis unter 3 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
3 bis unter 6 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
6 bis unter 11 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
11 bis unter 15 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
15 bis unter 18 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
18 bis unter 25 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	+ 28,8 (+28,7) 647 Personen	Universität	Schillesche
	+ 10,3 (-) 530 Personen	Stadtwerke	Mitte
25 bis unter 50 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	+14,4 (+ 12,9) 1.371 Personen	Kesselbrink	Mitte
	+ 14,2 (+ 14,2) 1.450 Personen	Alt- und Neustadt	Mitte
	+12,4 (+ 11,7) 1.730 Personen	Landgericht	Mitte
	+ 11,8 (+ 11,5) 4.857 Personen	Siegfriedplatz	Mitte
	+10,3 (-) 1.243 Personen	Dürkopp	Mitte
50 bis unter 65 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
65 bis unter 80 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
80 Jahre und älter (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Nichtdeutsche EinwohnerInnen (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	+ 17,8 (+ 17,1) 612 Personen	Fuhrpark	Mitte
	+ 17,5 (+ 18,5) 440 Personen	Güterbahnhof Ost	Mitte
	+ 15,4 (+ 15,7) 736 Personen	Stadtwerke	Mitte
	+ 15,4 (+ 14,2) 275 Personen	Osningpass	Gadderbaum
	+ 14,8 (+ 13,2) 450 Personen	Universität	Schildesche
	+ 14,1 (+ 15,3) 683 Personen	Dürkopp	Mitte
	+ 13,8 (+ 13,4) 787 Personen	Bahnhof Brackwede	Brackwede
	+ 13,1 (+ 12,7) 1.648 Personen	Kammerich	Brackwede
	+ 12,8 (+ 12,0) 1.041 Personen	Pauluskirche	Mitte
	+ 12,5 (+ 14,7) 650 Personen	Kesselbrink	Mitte

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Nichtdeutsche EinwohnerInnen (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	+ 11,5 (+ 13,9) 63 Personen	Sennestadt-Industriegebiet	Sennestadt
	+ 11,1 (-) 361 Personen	Bauerschaft Schildesche	Mitte
Deutsche Einwohner/-innen und Einwohner/-innen mit doppelter Staatsangehörigkeit an der Gesamtbevölkerung	+ 20,0 (+ 19,8) 1.631 Personen	Sieker	Stieghorst
	+ 19,2 (+ 18,7) 2.327 Personen	Baumheide	Heepen
	+ 13,5 (+ 13,4) 938 Personen	Südstadt	Sennestadt
	+ 12,7 (+ 11,2) 217 Personen	Betriebshof Sieker	Mitte

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Vergleichsweise hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer und Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft)	+ 30,7 (+ 30,5) 2.817 Personen	Sieker	Stieghorst
	+ 22,5 (+ 21,9) 3.492 Personen	Baumheide	Heepen
	+ 20,0 (+ 20,8) 633 Personen	Güterbahnhof-Ost	Mitte
	+ 19,5 (+ 19,6) 661 Personen	Bauerschaft Schildesche	Mitte
	+ 19,0 (+ 18,7) 854 Personen	Fuhrpark	Mitte
	+ 15,6 (+ 15,7) 1.022 Personen	Stadtwerke	Mitte
	+ 15,0 (+ 14,3) 1.143 Personen	Bahnhof-Brackwede	Brackwede
	+ 14,7 (+ 13,7) 344 Personen	Betriebshof Sieker	Mitte
	+ 14,5 (+ 14,5) 1.557 Personen	Pauluskirche	Mitte

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Vergleichsweise hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer und Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft)	+ 13,6 (+ 13,2) 2.377 Personen	Kammerich	Brackwede
	+ 13,3 (+ 14,3) 937 Personen	Dürkopp	Mitte
	+ 13,2 (-) 96 Personen	Sennestadt Industriegebiet	Sennestadt
	+ 13,0 (+ 11,7) 357 Personen	Osningpass	Gadderbaum
	+ 12,0 (-) 1.327 Personen	Südstadt	Sennestadt
	+ 19,1 (-) 546 Personen	Universität	Schildesche
Vergleichsweise geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer und Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft, die zehn stärksten Abweichungen)	- 18,2 (- 18,3) 20 Personen	Holtkamp	Brackwede
	- 18,0 (-) 8 Personen	Togdrang	Senne

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Vergleichsweise geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer und Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft; die zehn stärksten Abweichungen)	- 16,8 (- 16,5) 134 Personen	Niederdornberg-Schröttinghausen	Dornberg
	- 16,1 (- 15,6) 170 Personen	Babenhausen	Dornberg
	- 15,9 (- 15,5) 27 Personen	Wolfskuhle	Dornberg
	- 15,7 (- 15,3) 248 Personen	Theesen	Jöllenneck
	- 14,9 (- 15,0) 54 Personen	Brönninghausen	Heepen
	- 14,8 (-) 72 Personen	Upmannstift	Mitte
	- 14,5 (-) 72 Personen	Lämershagen	Stieghorst
	- 14,4 (- 13,9) 229 Personen	Hoberge-Uerentrup	Dornberg

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Ein-Personen-Haushalte, vergleichsweise hoher Anteil (Stichtag: 31.07.2006) Bielefelder Haushalte; 74.667 Haushalte, 45,5 % Anteil an allen Bielefelder Haushalten	+ 25,9	Bethel	Gaderbaum
	+ 25,7	Alt- und Neustadt	Mitte
	+ 22,4	Kesselbrink	Mitte
	+ 19,7	Dürkopp	Mitte
	+ 17,6	Landgericht	Mitte
	+ 17,3	Siegfriedplatz	Mitte

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Ein-Personen-Haushalte, vergleichsweise geringer Anteil (Stichtag: 31.07.2006) Bielefeld gesamt: 74.667 Haushalte, 45,5 % Anteil an allen Bielefelder Haushalten	- 20,6	Oldentrup-Ost	Heepen
	- 19,0	Dalbke	Sennestadt
	- 18,1	Niederdornberg-Schröttinghausen	Dornberg
	- 17,6	Dingerdissen	Stieghorst
	- 16,8	Lämershagen	Stieghorst
	- 16,7	Kupferheide	Brackwede
	- 16,7	Milse	Heepen

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Familien mit Kindern, vergleichsweise hoher Anteil (Stichtag: 31.07.2006), Bielefeld gesamt: 25.547 Haushalte, 15,6 % Anteil an allen Bielefelder Haushalten	+ 19,4	Oldentrup-Ost	Heepen
	+ 16,8	Dingerdissen	Siteghorst
	+ 16,5	Dalbke	Sennestadt
	+ 12,1	Milse	Heepen

<u>Kennzahl</u>	Anteil Bielefelder gesamt	Abweichung statisti- scher Bezirke in Pro- zentpunkten	Statistischer Bezirk/ Stadtbezirk
Familien mit einem Kind	7,0 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 6,5 Prozentpunkte	„Oldentrup-Ost“, Heepen
Familien mit zwei Kindern	6,2 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 9,5 Prozentpunkte	„Oldentrup-Ost“, Heepen
Familien mit drei und mehr Kindern	2,4 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 4,9 Prozentpunkte	„Dingerdissen“, Stieghorst
Alleinerziehende mit einem Kind	2,6 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 2,3 Prozentpunkte	„Betriebshof Sieker“, Mitte
Alleinerziehende mit zwei und mehr Kindern	1,2 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 1,8 Prozentpunkte	„Betriebshof Sieker“, Mitte

<u>Kennzahl</u>	Arbeitslosen- zahl 31.12.2006 <small>(Vorjahr in Klammern)</small>	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosen- zahl (SGB II und SGB III, Bielefeld gesamt am 31.12.2006: 19.366)	906 (1.024)	Heeper Fichten	Mitte
	824 (929)	Hammer Mühle	Mitte
	759 (833)	Baumheide	Heepen
	644 (724)	Stieghorst (StBz.)	Stieghorst
	626 (670)	Sennestadt (StBz.)	Sennestadt
	591 (679)	Siegfriedplatz	Mitte
	579 (659)	Sieker	Stieghorst
	530 (578)	Kammerich	Brackwede
	517 (556)	Sudbrack	Schildesche

<u>Kennzahl</u>	Arbeitslosen- zahl 31.12.2006 <small>(Vorjahr in Klammern)</small>	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosen- zahl (SGB II und SGB III, Bielefeld gesamt am 31.12.2006: 19.366)	477 (503)	Gellershagen	Schildesche
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosen- zahl SGB III (Arbeitslosengeld I, weniger als ein Jahr arbeitslos, Bielefeld gesamt am 31.12..2006: 5.368)	185 (231)	Heeper Fichten	Mitte
	181 (257)	Hammer Mühle	Mitte
	165 (233)	Sennestadt (StBz.)	Sennestadt
	162 (215)	Stieghorst (StBz.)	Stieghorst
	159 (222)	Siegfriedplatz	Mitte
	141 (195)	Sudbrack	Schildesche

<u>Kennzahl</u>	Arbeitslosen- zahl 31.12.2006 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosen- zahl SGB III (Arbeitslosengeld I, weniger als ein Jahr arbeitslos, Bielefeld gesamt am 31.12.2006: 5.368)	138 (170)	Baumheide	Heepen
	131 (-)	Königsbrügge	Mitte
	126 (184)	Kammerich	Brackwede
	121 (-)	Heeper Holz	Heepen
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosen- zahl SGB II (Bezieher von Arbeitslosengeld II, länger als ein Jahr arbeitslos, Bielefeld gesamt am 31.12.2006:13.998)	721 (793)	Heeper Fichten	Mitte
	643 (672)	Hammer Mühle	Mitte
	621 (663)	Baumheide	Heepen
	482 (509)	Stieghorst (StBz.)	Stieghorst

<u>Kennzahl</u>	Arbeitslosen- zahl 31.12.2006 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosen- zahl SGB II (Bezieher von Arbeitslosengeld II, länger als ein Jahr arbeitslos, Bielefeld gesamt am 31.12.2006:13.998)	469 (526)	Sieker	Stieghorst
	461 (437)	Sennestadt (StBz.)	Sennestadt
	432 (457)	Siegfriedplatz	Mitte
	404 (394)	Kammerich	Brackwede
	376 (361)	Sudbrack	Schlidesche
	372 (366)	Gellershagen	Schlidesche

<u>Kennzahl</u>	Stichtag 30.09.2006 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Zahl von Personen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II (Bielefeld gesamt am 31.12.2006: 38.914) Prozentangaben = Anteil an der Gesamtbevölkerung des statistischen Bezirks	2.168 (2.134) 27,5 %	Baumheide	Heepen
	1.865 (1.806) 18,6 %	Heeper Fichten	Mitte
	1.586 (1.538) 29,6 %	Sieker	Stieghorst
	1.562 (1.505) 14,2 %	Hammer Mühle	Mitte
	1.529 (1.424) 14,0 %	Sennestadt (Statistischer Bezirk)	Sennestadt
	1.499 (1.485) 15,3 %	Stieghorst (Statistischer Bezirk)	Stieghorst
	1.076 (1.069) 16,1 %	Kammerich	Brackwede

<u>Kennzahl</u>	Stichtag 30.09.2006 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Zahl von Personen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II (Bielefeld gesamt am 31.12.2006: 38.914) Prozentangaben = Anteil an der Gesamtbevölkerung des statistischen Bezirks	989 (955) 9,8 %	Siegfriedplatz	Mitte
	936 (857) 11,4 %	Jöllenbeck-Ost	Jöllenbeck
	935 (926) 14,1 %	Vorwerk Schildesche	Schildesche

III.2: Materielle Leistungen der Stadt Bielefeld bei Einkommensdefiziten

III.2.1.: Materielle Leistungen in Daten und Zahlen für die Gesamtstadt

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr	2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
Hilfe zum Lebensunterhalt, Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 3					
<i>Hilfen für Menschen, die in geringem Maße erwerbsfähig sind, aber keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld I oder II haben. Abhängig vom jeweiligen Fall werden Kosten entweder von der Kommune gezahlt oder aber vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe erstattet.</i>					
Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte)	-	838	903	893	+ 6,6 %
Fälle in Kostenträgerschaft der Kommune	-	694	734	732	+ 5,5 %
davon: außerhalb von Einrichtungen	-	334	357	361	+ 8,1 %
davon: innerhalb von Einrichtungen	-	360	377	371	+ 3,1 %
Fälle in Kostenträgerschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe	-	143	169	161	+ 12,6 %
davon: außerhalb von Einrichtungen	-	88	109	104	+ 18,2 %
davon: innerhalb von Einrichtungen	-	55	60	57	+ 3,6 %
<u>Hilfen außerhalb von Einrichtungen in Kostenträgerschaft der Kommune:</u>					
Ausgaben	-	2.428.435 €	1.252.897 €	1.248.982 €	+ 3,0 %
Einnahmen	-	429.336 €	260.648 €	118.458 €	- 11,7 %
Kommunaler Zuschussbedarf	-	1.999.099 €	992.249 €	1.130.524 €	+ 6,2 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	500 €	454 €	490 €	- 2,0 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr		2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
<u>Hilfen innerhalb von Einrichtungen in Kostenträgerschaft der Kommunen:</u>						
Ausgaben	-	857.044 €	457.843 €	458.988 €	916.831 €	+ 7,0 %
Einnahmen	-	2.017 €	75.066 €	23 €	75.089 €	+ 3.622,8 %
Kommunaler Zuschussbedarf	-	855.027 €	382.777 €	458.965 €	841.742 €	- 1,6 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	198 €	174 €	203 €	189 €	- 4,5 %
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 4						
<i>Grundsicherung im Alter: Menschen, die über 65 Jahre alt sind und deren Einkommen nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes reicht. Grundsicherung wegen Erwerbsminderung: Personen, die dauerhaft erwerbsgemindert sind. Abhängig vom jeweiligen Fall werden Kosten entweder von der Kommune gezahlt oder aber vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe erstattet</i>						
Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte)	2.335	2.793	3.105	3.171	3.138	+ 12,4 %
davon Grundsicherung wg. Alter	1.427	1.617	1.755	1.800	1.777	+ 9,9 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	218	227	223	218	220	- 3,1 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	1.209	1.390	1.532	1.582	1.557	+ 12,0 %
davon Grundsicherung wg. Erwerbsminderung	908	1.176	1.350	1.371	1.361	+ 15,7 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr		2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
➤ innerhalb von Einrichtungen	39	44	45	50	48	+ 9,1 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	869	1.132	1.305	1.321	1.313	+ 16,0 %
Fälle mit kommunaler Trägerschaft gesamt (Jahresdurchschnittswerte)	2.335	2.749	3.060	3.121	3.090	+ 12,4 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	257	227	223	218	220	- 3,1 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	2.078	2.522	2.837	2.903	2.870	+ 13,8 %
Ausgaben in Kostenträgerschaft der Kommune gesamt	9.508.242 €	13.789.306 €	7.402.494 €	7.637.585 €	15.040.079 €	+ 9,1 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	970.967 €	751.573 €	368.152 €	347.327 €	715.479 €	- 4,8 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	8.537.275 €	13.037.733 €	7.034.342 €	7.290.258 €	14.324.600 €	+ 9,9 %
Einnahmen bei Fällen mit kommunaler Trägerschaft gesamt	1.418.164 €	228.656 €	137.901 €	79.350 €	217.251 €	- 5,0 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	36.645 €	11.195 €	57.055 €	6.335 €	63.390 €	+ 466,2 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	1.381.519 €	217.461 €	80.846 €	73.015 €	153.861 €	- 29,2 %
Zuschussbedarf bei Fällen mit kommunaler Trägerschaft gesamt	8.090.078 €	13.560.650 €	7.264.593 €	7.558.235 €	14.822.828 €	+ 9,3 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	934.322 €	740.378 €	311.097 €	340.992 €	652.089 €	- 11,9 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	7.155.756 €	12.820.272 €	6.953.496 €	7.217.243 €	14.170.739 €	+ 10,5 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr		2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall mit kommunaler Trägerschaft						
➤ innerhalb von Einrichtungen	303 €	272 €	233 €	261 €	247 €	- 9,2 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	287 €	424 €	409 €	414 €	412 €	- 2,8 %
Nachrichtlich: Erstattung durch das Land¹	2.324.665 €	2.064.577 €			2.436.621 €	+ 18,0 %
Kommunale Leistungen für Arbeitssuchende (ALG II) nach dem SGB II						
Für Empfänger von Arbeitslosengeld II trägt die Kommune die Kosten für die angemessene Warmmiete und notwendige Einmalbeihilfen.						
Kosten der Unterkunft und Heizung (laufende Hilfen)						
Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte)	-	20.325	20.043	19.023	19.533	- 3,9 %
Ausgaben gesamt	-	71.416.365 €	38.493.649 €	38.627.241 €	77.120.890 €	+ 8,0 %
Durchschnittliche mtl. Gesamtkosten	-	5.951.364 €	6.415.608 €	6.437.874 €	6.426.741 €	+ 8,0 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	293 €	320 €	338 €	329 €	+ 12,3 %

¹ Abhängig von den Netto-Gesamt-Ausgaben für diese Hilfeart in NRW, entsprechend anteilige Erstattung für Bielefeld.

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr		2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
Durchschnittliche jährl. Kosten pro Fall	-	3.514 €	3.840 €	4.056 €	3.948 €	+ 12,4 %
Erstattung durch den Bund	-	20.650.386 €	11.054.280 €	11.405.450 €	22.459.730 €	+ 8,8 %
Kommunaler Zuschussbedarf	-	50.765.979 €	27.439.369 €	27.221.791 €	54.661.160 €	+ 7,7 %
Einmalige Beihilfen/Leistungen gesamt	-	2.960.142 €	1.529.408 €	1.597.591 €	3.126.999 €	+ 5,6 %
davon Unterkunft (Wohnungsbeschaffung, Mietkaution, Umzugskosten)	-	1.063.176 €	562.065 €	609.758 €	1.171.823 €	+ 10,2 %
davon darlehensweise Übernahme von Mietschulden	-	0 €	28.664 €	57.328 €	85.992 €	neue Leistung ab 04/2006
davon Einrichtungsbeihilfe	-	1.439.078 €	671.701 €	630.311 €	1.302.012 €	- 9,5 %
davon Bekleidungsbeihilfe	-	127.571 €	60.552 €	121.372 €	181.924 €	+ 42,6 %
davon mehrtägige Klassenfahrten	-	330.317 €	206.426 €	178.822 €	385.248 €	+ 16,6 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr	2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)	
Hilfe zum Lebensunterhalt für ausländische Flüchtlinge - Einzelfallhilfen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz						
Ausländer mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Duldung oder einer Aufenthaltsbefugnis von weniger als sechs Monaten erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt, nach 36 Monaten dann Leistungen analog zum SGB XII (s.o.)						
Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)	391	400	405	426	415	+ 3,8 %
Ausgaben	3.363.835 €	3.447.291 €	1.666.987 €	1.735.169 €	3.402.156 €	- 1,3 %
Einnahmen	548.580 €	173.721 €	84.868 €	67.669 €	152.537 €	- 12,2 %
Kommunaler Zuschussbedarf	2.815.255 €	3.273.570 €	1.582.119 €	1.667.500 €	3.249.619 €	- 0,7 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	600 €	682 €	651 €	652 €	652 €	- 4,4 %
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz						
Der Unterhalt von Kindern alleinstehtender Erziehungsberechtigter bis zum 12. Lebensjahr wird nach diesem Gesetz gesichert. Bund und Land erstatten zusammen knapp die Hälfte der anfallenden Kosten an die Kommune zurück						
Fallzahlen gesamt	1.955	2.115	2.186	2.180	2.183	+ 3,2 %
Ausgaben	3.839.279 €	4.142.824 €	2.173.258 €	2.065.580 €	4.238.838 €	+ 2,3 %
Einnahmen	1.910.223 €	2.077.456 €	979.694 €	788.176 €	1.767.870 €	- 14,9 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr		2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
Kommunaler Zuschussbedarf	1.929.056 €	2.065.368 €	1.193.564 €	1.277.404 €	2.470.968 €	+ 19,6 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	82 €	81 €	91 €	98 €	94 €	+ 16,0 %
Erstattung durch Bund und Land (netto)	1.598.663 €	2.016.696 €	740.684 €	693.285 €	1.433.969 €	- 28,9 %

Leistungen bei Pflegebedürftigkeit - Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 7

Finanzielle Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen entweder bei der häuslichen Pflege (Pflegegeld) oder in Pflegeheimen.

Fallzahlen gesamt	1.569	1.633	1.686	1.684	1.685	+ 3,2 %
davon: in Kostenträgerschaft der Kommune	1.439	1.487	1.529	1.521	1.525	+ 2,6 %
davon: in Kostenträgerschaft des Land- schaftsverbandes Westfalen-Lippe	130	146	157	163	160	+ 9,6 %
davon ambulant	635	703	748	762	755	+ 7,4 %
davon teilstationär oder stationär	934	930	938	922	930	0,0 %
Kommunale Ausgaben gesamt	14.316.561 €	14.147.398 €	6.717.985 €	6.933.733 €	13.651.718 €	- 3,5 %
davon ambulant	5.322.295 €	5.800.856 €	2.745.886 €	2.861.433 €	5.607.319 €	- 3,3 %
davon teilstationär oder stationär	8.994.266 €	8.346.542 €	3.972.099 €	4.072.300 €	8.044.399 €	- 3,4 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr		2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
Einnahmen						
davon ambulant	1.528.635 €	1.160.916 €	609.938 €	662.155 €	1.272.093 €	+ 9,6 %
davon teilstationär oder stationär	10.823 €	70.661 €	18.685 €	43.000 €	61.685 €	- 12,7 %
Kommunaler Zuschussbedarf						
davon ambulant	1.517.812 €	1.090.255 €	591.253 €	619.155 €	1.210.408 €	+ 11,0 %
davon teilstationär oder stationär	12.787.926 €	12.986.482 €	6.108.047 €	6.271.578 €	12.379.625 €	- 4,7 %
	5.311.472 €	5.730.195 €	2.727.201 €	2.818.433 €	5.545.634 €	- 3,2 %
	7.476.454 €	7.256.287 €	3.380.846 €	3.453.145 €	6.833.991 €	- 5,8 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall in kommunaler Trägerschaft						
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall ambulant	741 €	728 €	666 €	687 €	677 €	- 7,0 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall teilstationär oder stationär	748 €	750 €	678 €	693 €	686 €	- 8,5 %
	736 €	711 €	656 €	683 €	669 €	- 5,9 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr	2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)	
Eingliederungshilfe für Behinderte - Einzelfallhilfen nach dem SGB XII Kap. 6						
Unterschiedliche Leistungen für Menschen mit Behinderung zur (Re-) Integration in das gesellschaftliche und berufliche Leben.						
Fallzahlen gesamt (ohne LWL-Fälle)	387	430	446	495	471	+ 9,5 %
davon innerhalb von Einrichtungen	23	24	29	36	33	+ 37,5 %
davon außerhalb von Einrichtungen	364	406	417	459	438	+ 7,9 %
Ausgaben gesamt	3.166.113 €	3.698.503 €	1.961.514 €	2.260.763 €	4.222.277 €	+ 14,2 %
Einnahmen gesamt	68.366 €	584.645 €	56.800 €	57.160 €	113.960 €	- 80,5 %
Zuschussbedarf gesamt	3.097.747 €	3.114.038 €	1.904.714 €	2.203.603 €	4.108.317 €	+ 31,9 %
Hilfen zur Gesundheit - Einzelfallhilfen nach dem SGB XI, Kap. 5						
Leistungen bei Krankheit oder zur Gesundheitsprophylaxe						
Fallzahlen gesamt	-	513	531	547	539	+ 5,1 %
Ausgaben gesamt	-	1.548.591 €	1.891.833 €	1.432.228 €	3.324.061 €	+ 114,7 %
Einnahmen gesamt	-	15.052 €	7.026 €	32.635 €	38.661 €	+ 156,8 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006		2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
			1. + 2. Halbjahr	2006 gesamt		
Kommunaler Zuschussbedarf	-	1.533.539 €	1.884.807 €	1.399.593 €	3.285.400 €	+ 114,2 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	249 €	592 €	426 €	508 €	+ 104,0 %
Hilfe bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach § 4 AsylbLG						
Leistungen bei Krankheit oder zur Gesundheitsprophylaxe						
Fallzahlen gesamt (Jahresdurchschnittswerte)	-	285	275	299	287	+ 0,7 %
Kommunaler Zuschussbedarf	-	949.999 €	423.359 €	426.242 €	849.601 €	- 10,6 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	278 €	257 €	238 €	247 €	- 11,2 %
Leistungen zur Überwindung von Problemlagen - Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 8 u. 9						
Hilfen bei besonderen sozialen Schwierigkeiten oder in besonderen Lebenslagen.						
Kommunaler Zuschussbedarf	-	712.837 €	399.203 €	332.976 €	732.179 €	+ 2,7 %
davon außerhalb von Einrichtungen	-	395.315 €	261.156 €	271.528 €	532.684 €	+ 34,7 %
davon innerhalb von Einrichtungen	-	317.522 €	138.047 €	61.448 €	199.495 €	- 37,2 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 1. + 2. Halbjahr	2006 gesamt	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz					
Zuschuss zu den Kosten für Wohnraum für anspruchsberechtigte Mieter bzw. Eigentümer.					
Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte)	-	3.744	3.577	3.186	- 14,9 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen in Prozent (2005/2006)
Leistungen der Unterhaltssicherung					
Sicherung des Lebensunterhaltes für die zur Wehrpflicht bzw. zum Zivildienst Einberufenen und ihre Familien.					
Fallzahl gesamt	242	201	187	180	- 3,7 %
Ausbildungsförderung für Schüler/innen und Studierende					
Sicherung des Lebensunterhaltes sowie der Ausbildungskosten von Schülern					
Fallzahl gesamt	1.487	1.716	1.767	1.947	+ 10,2 %
Hilfen für Schwerbehinderte - Einzelfallhilfen nach dem SGB IX					
Leistungen an behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen, um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.					
Begleitende Hilfen im Arbeitsleben (Fallzahlen gesamt)	157	150	143	120	- 20,0 %
Fahrdienst (Fallzahlen gesamt)	1.104	1.155	1.125	1.115	- 0.9 %

III.2.2.: Höchste Fallzahlen in den statistischen Bezirken im Berichtsjahr 2006

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	<u>Fallzahl 2006 (Vorjahr)</u>	<u>Statistischer Bezirk</u>	<u>Stadtbezirk</u>
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 3 (Jahresdurchschnittswert)			
	31 (26)	Heeper Fichten	Mitte
	25 (20)	Hammer Mühle	Mitte
	22 (21)	Gellershagen	Schildesche
	18 (16)	Stadtwerke	Mitte
	17 (14)	Kesselbrink	Mitte
	17 (15)	Pauluskirche	Mitte
	16 (19)	Sudbrack	Schildesche
	15 (18)	Siegfriedplatz	Mitte

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	<u>Fallzahl 2006 (Vorjahr)</u>	<u>Statistischer Bezirk</u>	<u>Stadtbezirk</u>
Grundsicherung im Alter, Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 4			
	134 (123)	Baumheide	Heepen
	80 (68)	Heeper Fichten	Mitte
	78 (66)	Sieker	Stieghorst
	69 (64)	Sennestadt	Sennestadt
	65 (56)	Kammerich	Brackwede
	55 (54)	Hammer Mühle	Mitte
	54 (52)	Siegfriedplatz	Mitte
	49 (49)	Stieghorst	Stieghorst

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	<u>Fallzahl 2006 (Vorjahr)</u>	<u>Statistischer Bezirk</u>	<u>Stadtbezirk</u>
Grundsicherung bei Erwerbsminderung, Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 4			
	66 (60)	Heeper Fichten	Mitte
	55 (46)	Baumheide	Heepen
	52 (43)	Sennestadt	Sennestadt
	47 (46)	Kammerich	Brackwede
	44 (40)	Hammer Mühle	Mitte
	43 (36)	Sieker	Stieghorst
	39 (33)	Siegfriedplatz	Mitte
	39 (29)	Pauluskirche	Mitte
	35 (31)	Kesselbrink	Mitte

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	<u>Fallzahl 2006 (Vorjahr)</u>	<u>Statistischer Bezirk</u>	<u>Stadtbezirk</u>
Hilfe zum Lebensunterhalt für ausländische Flüchtlinge nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz			
	30 (24)	Kammerich	Brackwede
	26 (23)	Kesselbrink	Mitte
	26 (25)	Pauluskirche	Mitte
	22 (25)	Stieghorst	Stieghorst
	22 (24)	Heeper Fichten	Mitte
	21 (18)	Baumheide	Heepen
	20 (21)	Hammer Mühle	Mitte

III.3.: Beratung und Betreuung - Lebensphasenspezifische Angebote

III.3.1.: Kinder und Jugendliche

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
<u>Tagesbetreuung und weitere Angebote für Kinder</u>					
Anzahl der Tageseinrichtungen für Kinder gesamt	165	165	166	165	- 0,6 %
davon in städtischer Trägerschaft	42	42	42	42	-
davon in freier Trägerschaft	123	123	124	123	- 0,8 %
Anzahl der Gruppen in Tageseinrichtungen für Kinder gesamt	479	483	488	483	- 1,0 %
davon in städtischer Trägerschaft	141	142	142	141	- 0,7 %
davon in freier Trägerschaft	338	341	346	342	- 1,2 %
davon kleine altersgemischte Gruppen	49	49	50	53	+ 6,0 %
davon Kindergartengruppen	230	232	234	226	- 3,4 %
davon Kindertagesstättengruppen	129	129	135	137	+ 1,5 %

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Regionale Abweichungen von mehr als 10 Prozentpunkten vom gesamtstädtischen Mittelwert	-	-	-	Brackwede - 4,0	-
	-	-	-	Stieghorst - 4,2	-
	-	-	-	Heepen - 7,0	-
Versorgungsquote für 3 bis unter 6-jährige in Tageseinrichtungen für Kinder gesamt (3,25 Jahrgänge)	82,5 % ¹	87,7 % ²	90,6 % ³	92,0 % ⁴	+ 1,6 %
Regionale Abweichungen von mehr als 10 Prozentpunkten vom gesamtstädtischen Mittelwert	Gadderbaum + 30,4	Gadderbaum + 24,8	Gadderbaum + 28,8	Gadderbaum + 29,3	-
	-	-	-	Brackwede + 11,4	-
	-	-	Heepen - 14,1	Heepen - 15,0	-

¹ Abweichender Stichtag 31.07.2003

² Abweichender Stichtag 31.07.2004

³ Abweichender Stichtag 31.07.2005

⁴ Abweichender Stichtag 31.07.2006

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Gesamtkosten Tageseinrichtungen für Kinder (Jahreswert)	54.957.647 €	56.439.915 €	57.017.530 €	58.163.283 €	+ 2,0 %
davon Trägeranteil	3.956.800 €	3.977.626 €	3.228.353 €	3.296.969 €	+ 2,1 %
davon Landeszuschuss	19.494.662 €	19.176.633 €	19.005.616 €	18.393.205 €	- 3,2 %
davon Elternbeiträge	7.190.895 €	7.305.621 €	7.330.285 €	7.361.552 €	+ 0,4 %
davon kommunaler Zuschuss (incl. gesetzliche und vertragliche Betriebskostenförderung für freie Träger)	24.315.290 €	25.980.035 €	27.502.272 €	28.676.740 €	+ 4,3 %
Tagespflege¹					
Anzahl der Fälle	190	204	203	203	-
Kosten der Tagespflege	454.836 €	404.678 €	445.657 €	574.824 €	+ 29,0 % ¹

¹ Förderung durch die wirtschaftliche Jugendhilfe

¹ Kostensteigerung geht zurück auf die institutionelle (d.h. nicht-einzelfallbezogene) Förderung neuer Tagespflegegruppen in 2006.

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Spielstuben, Anzahl der Angebote	15	14	13	12	- 7,7 %
Ausgaben	1.204.720 €	1.281.684 €	1.282.598 €	1.107.884 €	- 13,6 %
Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien					
Stationäre Angebote					
Anzahl der Träger	12	12	12	12	-
Anzahl der Plätze gesamt	441	432	436	430	- 1,4 %
davon in städtischer Trägerschaft	112	104	104	104	-
davon in freier Trägerschaft	329	328	332	326	- 1,8 %

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Stationäre Unterbringung durch die Stadt Bielefeld, Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)¹	358	372	382	344	- 9,9 %
Teilstationäre Angebote (nur freier Träger), Anzahl der Träger	5	7	7	7	-
Anzahl der Plätze	68	82	82	88	+ 7,3 %
Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)	119	144	144	142	- 1,4 %
Pflegekinder (Jahresdurchschnittswerte)	311	310	322	347	+ 7,8 %
Ambulante Hilfen zur Erziehung, Zahl der Anbieter²	17	20	22	23	+ 4,5 %
Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte) ¹	132	222	273	318	+ 16,5 %
Ambulante Eingliederungshilfen für Kinder ab 6 Jahren, Anzahl der Anbieter	5	6	8	8	-
Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)	276	313	337	320	- 5,0 %
Stationäre Eingliederungshilfen, Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)	84	81	76	75	-1,3 %

¹ Unterbringung nach SGB VIII, §§ 13,19,21,34,35a,42, incl. Betreutes Wohnen und Mutter-Kind-Maßnahmen. (Ohne pauschal finanzierte Angebote (Leistungsverträge).)

² Angebote nach SGB VIII, §§ 18,20,27,29,30.

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Gesamtkosten Hilfen zur Erziehung und Förderung der Erziehung in der Familie¹	28.757.557 €	30.330.373 €	29.592.876 €	28.391.129 €	- 4,1 %
Einnahmen	4.116.264 €	3.316.744 €	3.190.743 €	3.131.071 €	- 1,9 %
Kommunaler Zuschussbedarf	24.641.293 €	27.013.629 €	26.402.133 €	25.260.058 €	- 4,3 %
Jugendgerichtshilfe, Fallzahl (Jahresdurchschnittswert)	780	870	847	820	- 3,2 %
Trennungs- und Scheidungsberatung, Fallzahl (Jahresdurchschnittswert)	419	437	474	474	-
Hilfen im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung (Jahresdurchschnittswerte)	699	834	726	781	+ 7,6 %
Beistandschaften, Fallzahl (Stichtagsdaten)	2.177	2.130	2.026	1.902	- 6,1 %
Pflegschaften, Fallzahl (Stichtagsdaten)	46	56	58	58	-
Vormundschaften, Fallzahl (Stichtagsdaten)	177	175	185	183	- 1,1 %
Beratung in Unterhaltsangelegenheiten, Jahresgesamtzahl	Zahlen werden erst ab 2004 erfasst.	2.448	2.404	2.238	- 6,9 %

¹ Gesamtkosten ohne Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) und Tagespflege (§ 23, SGB VIII).

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
<u>Kinder- und Jugendarbeit, Stadtteilprojekte:</u>					
Einrichtungen offener Kinder- und Jugendarbeit, Anzahl	29	29	29	29	-
davon mobile Angebote	7	7	8	8	-
Ausgaben gemäß Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen	3.568.928 €	3.357.278 €	4.302.940 €	4.346.228 €	+ 1,0 %
davon Landeszuschuss	808.404 €	605.874 €	593.000 €	659.718 €	+ 11,3 %
Schulsozialarbeit, Anzahl der Angebote (Schulen)	7	7	7	7	-
Ausgaben	317.853 €	337.490 €	326.846 €	326.846 €	-

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Kinder und Jugendförderung	Anzahl der Verträge 2006	Vertragssumme
Angebote in Wohngebieten mit hohem Integrationsbedarf	14	1.026.755 €
Kinderzentrum	1	106.449 €
Freizeitzentren	2	1.058.634 €
Offene Kinder- u. Jugendarbeit	31	2.973.778 €
Jugendverbandsarbeit	2	730.200 €
Schulsozialarbeit	3	324.113 €
Fachberatung TfK	1	30.347 €
Gesamt	54	6.250.276 €

III.3.2.: Junge Erwachsene, Erwachsene und Familien

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Erziehungsberatungsstellen, Anzahl der Angebote gesamt	9	9	9	9	-
Erziehungsberatungsstellen, Anzahl der Fälle gesamt	3.514	3.409	3.740	liegt noch nicht vor	-
Städtische Zuschüsse	1.131.144 €	1.138.029 €	1.144.141 €	liegt noch nicht vor	-
Sozialpädagogische Familienhilfe, Anzahl der Fälle gesamt	64	69	72	liegt noch nicht vor	-
davon bei städtischen Angeboten	33	35	33	liegt noch nicht vor	-
davon bei Angeboten freier Träger	31	34	39	liegt noch nicht vor	-
Hilfen für junge Volljährige (SGB VIII)	141	141	148	148	-
Gesamtkosten	4.285.771 €	4.464.910 €	4.500.773 €	4.322.248 €	- 4,0 %
Einnahmen	330.832 €	234.025 €	299.287 €	297.624 €	- 0,6 %
Kommunaler Zuschussbedarf	3.954.939 €	4.230.885 €	4.201.486 €	4.024.624 €	- 4,2 %

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
<u>Spezielle Beratungsstellen:</u>					
Schwangerschaftskonfliktberatung, Fallzahl (nach & 219 StGB)	1.484	1.344	1.306	liegt noch nicht vor	-
Städtischer Zuschuss	342.328 €	281.441 €	202.745 €	202.745 €	-
Hedwig-Dornbusch-Schule (Anzahl der TeilnehmerInnen an Angeboten des Bereiches „Kinder- und Ju- gendhilfen)	5.181	5.133	4.458	liegt noch nicht vor	-
Städtischer Zuschuss	124.560 €	89.735 €	124.144 €	121.661 €	- 2,0 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Familienförderung	Anzahl der Verträge 2006	Vertragssumme
Erziehungs- u. Erwachsenen-Beratungsstellen	10	1.177.375 €
Sozialpädagogische Familienhilfe	2	327.273 €
Hedwig-Dornbusch Schule	1	124.144
Jugend- und Familienhilfe	4	150.946 €
Schwangerschafts-Konfliktberatung	3	202.745 €
Adoptionsvermittlung	1	6.135 €
Gesamt	21	1.988.618 €

III.3.3.: Seniorinnen und Senioren

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
<u>Pflege</u>					
Tagespflege, Anzahl der Einrichtungen²	7	8	9	9	-
Tagespflege, Anzahl der Plätze	88	100	118	118	-
<u>Pflegeheime, Anzahl der Einrichtungen¹</u>					
Pflegeheime, Anzahl der Plätze	34	35	34	34	-
	3.139	3.140	3.138	3126	-0,4 %
„Wohnen mit Service“, Anzahl der Wohneinheiten	liegt nicht vor	949	997	1.052	+ 5,5 %

¹ Einrichtungen gemäß Heimgesetz

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Altentagesstätten, Begegnungszentren, Anzahl der Einrichtungen (alle in freier Trägerschaft)¹	22	22	22	21	- 4,5 %
Geriatrische Versorgung, Anzahl der Betten	liegt nicht vor	114	114	114	-
Mobile Dienste, Anzahl der Angebote¹	10	10	10	10	-
<u>Weitere Angebote/Aufgaben:</u>					
Heimaufsicht, Anzahl der Überprüfungen	47	52	45	57	+ 26,7 %
Wohn- und Pflegeberatung, Anzahl der Beratungen (Jahresgesamtzahl)	2.688	2.210	2.307	2.371	+ 2,8 %
Beratung bei Kurzzeitpflege, (Jahresgesamtzahl)	551	329	290	285	- 1,7 %

¹ Nur Angebote, die über Leistungsverträge finanziert werden. Daneben gibt es zahlreiche andere Anbieter.

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Seniorinnen-/Seniorenförderung	Anzahl der Verträge 2006	Vertragssumme
Mobile Dienste	10	197.574 €
Offene Altenhilfe	25	925.010 €
Gesamt	35	1.122.584 €

III.4.: Beratung und Betreuung - Zielgruppenspezifische Angebote

III.4.1.: Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Sozialpsychiatrischer Dienst, Jahres-Fallzahl gesamt	1.136	1.181	1.204	1.337	+ 11,0 %
Unterbringung nach PsychKG, Jahres-Fallzahl gesamt	509	510	459	510	+ 11,1 %
Behindertenberatung, Anzahl der Angebote gesamt	3	3	3	3	-
davon in städtischer Trägerschaft	2	2	2	2	-
davon in freier Trägerschaft	1	1	1	1	-
in städtischer Trägerschaft: Zahl der beratenen Personen	999	911	1.070	1.479	+ 38,2 %
in freier Trägerschaft telefonische Beratungen	562	noch kein Ergebnis	noch kein Ergebnis	noch kein Ergebnis	-
in freier Trägerschaft persönliche Beratungen	1116	noch kein Ergebnis	noch kein Ergebnis	noch kein Ergebnis	-
Hörgeschädigtenberatung, Jahresgesamtfalzahl	595	756	705	542	- 23,1 %
Suchtkrankenhilfe, Anzahl der Beratungsstellen	4	3	3	3	-
Suchtkrankenhilfe, Anzahl der geförderten Selbsthilfegruppen	13	13	13	13	-
Krisendienst, Anzahl der Kontakte	2.557	2.260	2.502	2.618	+ 4,6 %

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Rechtliche Betreuungen gesamt	4.563	4.481	4.399	4.636	+ 5,4 %
davon ehrenamtliche Betreuung	2.778	2.564	2.424	2.532	+ 4,5 %
davon berufliche Betreuung	1.785	1.917	1.975	2.104	+ 6,5 %
Berufliche Betreuung	1.785	1.917	1.975	2.104	+ 6,5 %
davon Betreuungsvereine	748	738	716	742	+ 3,6 %
davon BerufsbetreuerInnen	835	947	1.036	1.094	+ 5,6 %
Rechtsanwälte	167	203	197	241	+ 22,3 %
davon Behördenbetreuung	35	29	26	27	+ 3,8 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Integrationsförderung - Menschen mit Behinderung bzw. chronischer Erkrankung	Anzahl der Verträge 2006	Vertragssumme
Suchtkrankenhilfe	15	150.630 €
Drogen / Sucht	1	1.539.607 €
Sozialpsychiatrische Versorgung	3	232.913 €
Krisendienst	1	174.475 €
Behindertenhilfe	24	368.787 €
Spezifische Beratungsstellen	2	27.609 €
Gesamt	46	2.494.021 €
Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Förderung bürgerschaftlichen Engagements und von Selbsthilfepotenzialen	Anzahl der Verträge 2006	Vertragssumme
Betreuungsvereine	5	85.087 €

III.4.2.: Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund

<u>Angebot</u>	<u>31.12.2003</u>	<u>31.12.2004</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2006</u>	<u>Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent</u>
Vorschulische Sprachförderung, Anzahl der Kurse	67	78	101	213	+ 110,9 %
Flüchtlingsberatung (DRK), Jahresgesamt-Fallzahl Personen	230	154	88	liegt noch nicht vor	-
Fachstelle für ausländische Flüchtlinge (Flüchtlingsberatung), Jahresgesamtzahl	1.689	1.687	1.969	1.978	+ 0,5 %
Städt. Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Anzahl Plätze	395	316	293	169	- 42,3 %
Städt. Unterkünfte für Aussiedler, Anzahl Plätze	435	435	435	331	- 23,9 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Integrationsförderung - Menschen mit Migrationshintergrund	Anzahl der Verträge 2006	Vertragssumme
Migrationsarbeit	5	172.994 €
Beratung und Betreuung erwachsener Aussiedler	4	40.408 €
Suchdienst/ Kreisnachforschungsstelle	1	5.879 €
Gesamt	10	219.281 €

III.4.3.: Angebote für Menschen in besonderen Notlagen oder sozialen Schwierigkeiten

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Schuldnerberatung, Anzahl der Beratungen	2.556	2.655	3.155	2.645	- 16,2 %
„Streetmed“					
Beratene (behandelte) Personen	310	328	293	liegt noch nicht vor	-
Anzahl der Krankenscheine	588	537	501	liegt noch nicht vor	-
Straffälligenhilfe, Anzahl der Angebote	7	7	7	7	-
Hilfen zur Vorbeugung von Wohnungsverlust, betroffene Haushalte (Fallzahl gesamt)	1.746	1.767	1.561	1.437	- 7,9 %
davon Wohnungserhalt bewirkt (Erfolgfälle = Haushalte pro Jahr)	1.188	1.214	1.111	1.012	- 8,9 %
Städtische Unterkünfte für einheimische Wohnungslose (Anzahl)	12	8	7	6	-14,2 %
Personen in städtischen Unterkünften für einheimische Wohnungslose (Personenzahl am 31.12.)	350	209	145	109	- 24,8 %

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Städtisches Projekt für Wohnungslose: „Unterkünfte - besser (ist) wohnen“ (Projekt ab 2004)					
Anzahl der Vermittlungen von Haushalten in Wohnungen	-	72	111	66	- 40,5 %
Anzahl der Vermittlungen von Personen in Hilfesysteme	-	41	36	48	+ 33,3 %
Anzahl akquirierter Wohnungen	-	20	51	25	- 51,0 %
Angebote freier Träger für Wohnungslose:					
Ambulante Beratungsstellen	2	2	2	2	-
Tagesaufenthalte, Kontaktstellen	3	3	3	3	-

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Integrationsförderung - Besondere Notlagen und soziale Schwierigkeiten	Anzahl der Verträge 2006	Vertragssumme
Schuldnerberatung	4	101.477 €
Straffälligenhilfe	7	169.549 €
Hilfen für Wohnungslose	5	293.933 €
Bahnhofsmision	2	23.283 €
Gesamt	17	588.242 €

III.4.4.: Angebote der Mädchen- und Frauenarbeit

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 - 2006 in Prozent
Mädchenberatungsstellen	1	1	1	1	-
Frauenberatungsstellen	2	2	2	2	-
Spezifische Angebote für Mädchen und Frauen in Notsituationen	8	8	8	8	-

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Mädchen- und Frauenförderung	Anzahl der Verträge 2006	Vertragssumme
Erziehungs- u. Erwachsenen-Beratungsstellen, hier: „Eigensinn“	1	96.517 €
Frauen- u. Mädchenprojekte	8	432.370 €
Gesamt	9	528.887 €

III.5: Gesundheit und Verbraucherschutz

III.5.1.: Ausgewählte Leistungsdaten

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 bis 2006 in Prozent
Anzahl der Untersuchungen von Kindern in Tageseinrichtungen¹	337	805	980	570	- 41,8 %
davon männlich	155	436	500	304	- 39,2 %
davon weiblich	182	369	480	266	- 45,6 %
davon mit Migrationshintergrund ²	183	330	557	310	- 44,3 %
Anzahl der untersuchten Einschülerinnen¹	3.464	3.380	3.231	3.146	- 2,6 %
davon mit Migrationshintergrund ²	1.247	1.243	1.216	1.277	+ 5,0 %
Anzahl der Schülerinnen bei Schulentlassuntersuchungen¹	564	348	573	811	+ 41,0 %
davon männlich	302	215	324	506	+ 56,2 %
davon weiblich	262	133	249	302	+ 21,3 %
davon mit Migrationshintergrund ²	331	197	345	505	+ 46,4 %

¹ Jeweils Schuljahr.

² Sog. ethnische Gruppen, d.h. Unterteilung danach, ob es deutsche Kinder/Jugendliche, hier geborene Kinder/Jugendliche ausländischer Herkunft, im Ausland geborene Kinder/Jugendliche oder aus-gesiedelte Kinder/Jugendliche sind.

Angebot	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 bis 2006 in Prozent
Anzahl der untersuchten Kinder bei den zahnärztlichen Reihenuntersuchungen	32.224	33.550	31.838	Liegt noch nicht vor	-
Anzahl der TeilnehmerInnen an der zahnärztlichen Gruppenprophylaxe*	8.566	8.545	8.823	Liegt noch nicht vor	-
Anzahl der amtsärztlichen Untersuchungen und Begutachtungen (Fälle)	9.613	9.587	9.647	9.460	- 1,9 %
davon weiblich	5.133	5.132	5.148	5.050	- 1,9 %
davon männlich	4.480	4.455	4.499	4.410	- 2,0 %
davon unter 45 Jahren	8.242	8.163	8.076	Liegt noch nicht vor	-
davon über 45 Jahren	1.339	1.422	1.572	Liegt noch nicht vor	-
davon gutachterliche Tätigkeiten (ohne Infektionsschutz):	4.092	3.537	3.731	3.905	+ 4,7 %
➤ Mehrbedarf ("Diätzulage")	111	77	267	178	- 33,3 %
➤ Eingliederungshilfe	772	497	568	666	+ 17,3 %
➤ Arbeits-/Erwerbsfähigkeit	538	568	755	873	+15,6 %
➤ Einstellungsuntersuchungen	474	412	360	415	+ 15,3 %

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 bis 2006 in Prozent
Fälle im kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst insgesamt	432	461	423	390	- 7,8 %
davon weiblich	136	138	127	121	- 4,7 %
davon männlich	294	306	288	252	- 12,5 %
davon mit Migrationshintergrund ¹	-	145	160	170	+ 6,3 %
davon 3 bis unter 6 Jahren	15	27	15	58	+ 286,7 %
davon 6 bis unter 10 Jahren	144	186	144	110	- 23,6 %
davon 10 bis unter 14 Jahren	167	96	138	58	- 58,0 %
davon 14 bis unter 18 Jahren	108	102	108	75	- 30,6 %
Anzahl Frühförderung insgesamt²	270	338	372	440	+ 18,3 %
davon weiblich	80	116	129	126	- 2,3 %
davon männlich	186	218	234	272	+ 16,2 %

¹ Definiert nach Geburtsland, d.h. Kind und/oder Elternteil ist nicht in Deutschland geboren.

² Ohne FF-Fälle in der Statistik des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes.

Angebot	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 bis 2006 in Prozent
davon 0 - unter 4 Jahre	113	150	117	Liegt noch nicht vor	-
davon 4 bis unter 7 Jahre	127	172	219	Liegt noch nicht vor	-
Kontakte AIDS-Beratungsstelle¹	1.478	1.426	1.342	1.432	+ 6,7 %
davon weiblich	680	669	630	657	+ 4,3 %
davon männlich	703	689	703	775	+ 10,2 %
davon bis unter 21 Jahren	-	184	203	140	- 31,0 %
davon mit Migrationshintergrund	-	143	159	159	-
Präventionsveranstaltungen der AIDS-Beratungsstelle insgesamt (Jahreszahlen)	165	175	142	179	+ 26,1 %
davon für MultiplikatorInnen	8	8	9	8	-
davon für Eltern	8	10	10	10	-

¹ HIV-Antikörpertests mit vorheriger Beratung, eingehende Beratungen, Telefonberatungen sowie E-Mail-Beratungen.

Angebot	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 bis 2006 in Prozent
davon Veranstaltungen mit SchülerInnen	133	141	111	147	+ 32,4 %
davon mit Jugendlichen in der außerschulischen Arbeit	14	12	9	11	+ 22,2 %
davon mit anderen Zielgruppen	2	4	3	3	-
Gesundheitshygiene und Gesundheitsschutz (ohne Gesundheitsaufsicht)	4.636	5.466	4.847	4.531	-6,5 %
davon §§ 42/43 IfSG	3.055	3.270	3.114	2.877	- 7,6 %
davon meldepflichtige Krankheitsfälle in Bearbeitung (ohne TBC)	1.127	1.288	1.246	1.145	- 8,1 %
davon TBC-Fälle gesamt	441	885	470	509	+ 8,3 %
Anzahl der TBC-Neuzugänge (Fallzahlen, Jahresdurchschnittswerte)	29	35	29	30	+ 3,4 %
davon weiblich	14	14	14	17	+ 21,4 %
davon männlich	15	16	15	13	- 13,3 %
davon nicht deutsch	13	13	14	15	+ 7.1 %

<u>Angebot</u>	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	Veränderungen 2005 bis 2006 in Prozent
Anzahl der untersuchten Kontaktpersonen TBC	412	850	441	478	+ 8,4 %
Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung:					
Proben	1.877	1.962	1.875	1.883	+ 0,4 %
davon beanstandet	309 (=16,5 %)	380 (=19,4 %)	307 (=16,4 %)	314 (=16,7 %)	+ 2,3 %
Betriebskontrollen (bei ca. 3400 Betrieben)	4.510	4.357	4.744	4492	- 5,3 %
davon Plan-/Verdachtskontrollen	2.328	2.310	2.360	2160	- 8,5 %
davon Nachkontrollen	199	232	312	323	+ 3,5 %
davon andere (z.B. Überprüfung von Rückrufaktionen, Abnahmen, Probenentnahmen, Beratungen)	1.983	1.815	2.072	1837	- 11,3 %
Verbraucherbeschwerden	216	159	149	157	+ 5,4 %

Statistische Quellen:

- Arbeit*plus* in Bielefeld GmbH
- Bundesagentur für Arbeit
- Stadt Bielefeld
 - Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen
 - Amt für Planung und Finanzen, Jugend, Soziales, Wohnen
 - Zentraler Dienst Jugend, Soziales, Wohnen
 - Dienstleistungszentrum Jugend, Soziales, Wohnen
 - Gesundheitsamt

Impressum

Herausgeber: Stadt Bielefeld, Der Oberbürgermeister
Dezernat Jugend, Soziales, Wohnen

Verantwortlich: Beigeordneter Tim Kähler

Redaktion: Norbert Wörmann

Druck: Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen
Druckservice